

Abonnements-Bedingungen:
Phonogramm-Breit...
Wochensatz 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgezeigten Anzeigen...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 28. April 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der zweite Vorstoss auf die Dardanellen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. April 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern griffen die Engländer mit sehr starken Kräften die neue Linie unserer Stellungen nördlich und nordöstlich von Ypern an...

Die durch die feindliche Artillerie gänzlich zusammengeschossenen Häuser von Lizierne sind von uns in der letzten Nacht geräumt worden...

In den bisherigen Kämpfen bei Ypern haben unsere Truppen 50 Maschinengewehre erbeutet.

Den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt und Stappenhauptort Poperinghe, etwa 12 Kilometer westlich von Ypern, haben wir mit sichtlichen Erfolgen zu beschießen begonnen.

Im Argonnerwalde wurde nordöstlich von Vienne-le-Chateau ein nächtlicher französischer Angriff abgewiesen.

Auf den Maashöhen errangen wir auch gestern weitere Vorteile, trotzdem die Franzosen neue Kräfte heranzogen. Feindliche Angriffe gegen unsere Combres-Stellung scheiterten.

Gegen unsere Stellung auf dem Hartmannsweilerkopf ging der Feind gestern abend mehrere Male zum Angriff vor, alle Angriffe mißglückten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Ostlage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. April. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 27. April 1915; mittags.

An der ganzen Front keine besonderen Ereignisse. In manchen Abschnitten heftige Geschüßkämpfe. In den Karpaten haben die Russen ihre verlustreichen Angriffe gegen unsere Stellungen am Uzfokerpah und in den östlich anschließenden Frontabschnitten zunächst wieder eingestellt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Duczer, Feldmarschalleutnant.

Der türkische Krieg.

Offensive an den Dardanellen.

London, 27. April. (T. U.) Das englische Pressebureau meldet: Der allgemeine Angriff auf die Dardanellen wurde am Sonntag von Meer und Flotte neu aufgenommen. Die Ausschiffung der Truppen, die von der Flotte gedeckt wurde, begann vor Sonnenaufgang an mehreren Punkten der Halbinsel Gallipoli und gelang vollkommen, obwohl der Feind sich in Stellungen vergraben hatte, die stark besetzt und mit Stachelstrauchspitzen versehen waren.

Die Landungsversuche in türkischer Darstellung.

Konstantinopel, 26. April. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Der Feind versuchte am 25. April unter dem Schutze seiner Kriegsschiffe an vier Punkten der Westküste von Gallipoli zu landen...

einen Angriff unserer Truppen zum Rückzuge gezwungen und wieder an die Küste gedrängt. Ein Teil der feindlichen Streitkräfte in dieser Gegend mußte gestern nachts eiligst auf die Schiffe entfliehen.

Konstantinopel, 27. April. (W. Z. B.) Ergänzung zum Berichte des Hauptquartiers. Die feindlichen Truppen, die bei Kum Kale gelandet waren, wollten unter dem Schutze ihrer Kriegsschiffe vorrücken, aber trotz der heftigen Beschießung von allen Seiten führten unsere Truppen ihren Angriff mit Erfolg durch und drängten den feindlichen Landungsversuch zurück.

Russische Angriffe im Bosphorus.

Petersburg, 27. April. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Am Sonntag um 6 Uhr morgens näherte sich die Schwarzmeerflotte dem Bosphorus. Um 8 Uhr eröffneten Geschütze das Feuer gegen die Forts.

Friedensgedanken in Rußland.

Das Petersburger liberale Hauptorgan „Nescha“ bringt in seiner Nummer vom 18. d. Mts. eine sichtlich offiziös inspirierte auffällige Notiz über die in der Hauptstadt zirkulierenden Gerüchte über angebliche Friedensverhandlungen.

„In Wirklichkeit — fährt das Blatt fort — ist der Sachverhalt folgender: An den Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sich niemand mit dem Antrag einer Friedensvermittlung offiziell gewendet. Es sind auch keine Beweise vorhanden, daß man sich mit einem ähnlichen Antrag an den Papst gewandt hat.“

Des Weiteren heißt es in der erwähnten Notiz, auf informierte Leute schrieb diesen Versuch zur Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Separatfriedens mit Oesterreich-Ungarn vorläufig keine große Bedeutung bei.

Diese Annahme wird bestärkt durch einen sensationellen Artikel des Fürsten Wogeni Trubekoi in der „Nescha“ vom 16. d. Mts., der bereits in der französischen und englischen Presse zu eingehenden Erörterungen geführt hat.

Als Hauptargument führt nun aber Fürst Trubekoi folgendes an: „Es hat sich jetzt — schreibt er — mit genügender Klarheit erwiesen, daß ein Bündnis mit Deutschland in vollem Widerspruch zu den Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns steht.“

Man könnte diese Argumentation des Fürsten Trubekoi kindisch nennen, wenn man nicht aus diesem Gemisch historisch unrichtiger Behauptungen, die allen bisherigen russischen Erklärungen über die Entstehung und die Ziele des Krieges direkt



ins Gesicht schlagen, den sehnlichen Wunsch herauslesen würde, Oesterreich-Ungarn um jeden Preis zu überreden, sich mit Rußland gütlich zu einigen. Fürst Trubekoi spricht dieses Ziel offen aus: „Für uns handelt es sich hauptsächlich darum, wer zuerst einen bestimmten Entschluß fassen wird: Oesterreich oder die neutralen Staaten. Rußland und seine Verbündeten befinden sich in der Lage eines Reiters, der um jeden Preis das Hauptziel — Deutschland — erreichen muß; mit welchem Kutscher und mit welchen Pferden das bequemere zu erreichen sein wird, hängt hauptsächlich davon ab, wer als Erster seine Dienste anbietet wird.“

Aus diesen Aeußerungen des Fürsten Trubekoi geht hervor, daß in Rußland zwar eine gewisse Kriegsmüdigkeit herrscht, die bereits die Preisgabe der pomphast angefügten „Zerrümmung Oesterreichs“ als annehmbar erscheinen läßt, daß aber als Hauptziel doch der Kampf gegen Deutschland angesehen wird. Wenn die russische Diplomatie glaubt, dieses Ziel durch Ueberredungskünfte an die Adresse Oesterreich-Ungarns eher erreichen zu können, so kann man sie in ihrem Wahne lassen.

## Die Friedensgerüchte in der russischen Presse.

Stockholm, 27. April. (Z. U.) Die russische Presse ergreift trotz der scharfen Zensur jede Gelegenheit, um über Frieden und Friedensmöglichkeiten zu sprechen. In einer Diskussion über die Aussichten einer Verständigung wendet sich „Njetsch“ gegen den von einem Teil der Presse befürworteten Sonderfrieden mit Oesterreich. In einem solchen Falle seien Komplikationen für die Zukunft unvermeidlich, wenn es nicht gelänge, Oesterreich völlig zu Boden zu werfen. Die Möglichkeit, Deutschland und Oesterreich durch Ausbungen zum Niederlegen der Waffen zu zwingen, wird vom „Ruhloje Slovo“ auf Grund der wirtschaftlichen Lage für eine Illusion erklärt. Wer dies hoffe, der müsse sich darauf gefaßt machen, daß der Krieg ungewöhnlich lange dauern wird.

## Vier Brigaden des Landungskorps ins Meer getrieben.

Konstantinopel, 27. April. (B. Z. B.) 5 Uhr 25 Minuten nachmittags. Das Hauptquartier teilt mit: Die Ufer von Sighindere, westlich von Sedal Bahir, sind vom Feinde gesäubert worden. Der Feind, der in der Nähe von Kaba Tepe gelandet war, bemühte sich unter dem Schutze des Feuers seiner Schiffe, sich in seinen Verteidigungsstellungen zu halten. Heute früh nahmen unsere Truppen die genannten Stellungen im Sturm, zwangen den Feind, sich auf der ganzen Front zurückzuziehen und fügten ihm außerordentlich schwere Verluste zu. Ein Teil des Feindes, der nach dem Meer zu flieht, flüchtet in seine Schaluppen und entfernt sich schleunigst. Diejenigen, die nicht fliehen können, ersaufen weisse Fahnen und ergeben sich in Massen. Wir stellten fest, daß ein feindlicher Transportdampfer von den Geschossen unserer Artillerie getroffen wurde und vor Ari Burnus sank. Eine in letzter Stunde, um 1/2 Uhr nachmittags eingetroffene Meldung besagt, daß die feindlichen Streitkräfte, welche auf vier Brigaden geschätzt wurden, an der Küste von Kaba Tepe ins Meer getrieben worden sind. Ein feindlicher Kreuzer wurde mit zerbrochenem Mast und havariertem Hinterschiff nach Zenedos geschleppt.

## Aufklärungsflug bei Erzincan.

Konstantinopel, 27. April. (B. Z. B.) Aus Alexandrette wird von gestern gemeldet: Vorgestern ist der französische Kreuzer „Entrecasteaux“, begleitet von einem englischen Transportschiff, an dessen Bord sich ein Wasserflugzeug befand, in dem hiesigen Hafen eingetroffen. Der Kreuzer nahm seinen Kurs auf Erzincan, wobei das Wasserflugzeug aufstieg. Nach zweistündiger Kreuzfahrt kehrte der Kreuzer nach Alexandrette zurück. Als das Flugzeug den Aufstieg unternahm, mußte es nach einem Flug von etwa zwanzig Minuten infolge des von den türkischen Truppen unterhaltenen Feuers an Bord des Transportschiffes zurückkehren.

## Der französische Kreuzer „Leon Gambetta“ gesunken?

Brindisi, 27. April. (B. Z. B.) Meldung der „Agenzia Stefani“. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, den Schiffbrüchigen des französischen Kreuzers „Leon Gambetta“ zu Hilfe zu kommen, wurden italienische Torpedobootszerfänger und Schleppdampfer von Brindisi und Otranto zum Rettungswerk ausgesandt. Bis 5 Uhr nachmittags waren sechzig Mann gerettet worden.

Brindisi, 27. April, 8 Uhr abends. (B. Z. B.) Meldung der „Agenzia Stefani“. Nach den bisherigen Feststellungen sind von der Besatzung des französischen Panzerkreuzers „Leon Gambetta“ 108 Mann gerettet worden.

## Sultan Mehemed, der Siegreiche.

Konstantinopel, 27. April. (B. Z. B.) Der Ministerrat hat beschlossen, den Sultan zu bitten, den Titel „Chazi“ (der Siegreiche) anzunehmen. Der Beschluß des Ministerrats lautet wie folgt: „Da die vielen Erfolge, welche mit Gottes Hilfe durch die kaiserliche Arme und Marine an verschiedenen Stellen errungen worden sind, namentlich der große Sieg bei den Dardanellen, als herrliche Siege sich darstellen, die es gerechtmachen notwendig machen, daß der ruhmreiche Titel „Chazi“ dem allerhöchsten Namen Eurer Majestät hinzugefügt werde, und da der bezügliche Fetwa des Scheich-ul-Islam Eurer Majestät schon vorgelegt ist, bitten wir ehrsüchtig um die Ermächtigung, dem Namen Eurer Majestät gleich den Ihrer erlauchten Ahnherren den ruhmreichen Titel hinzuzufügen zu dürfen.“

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. April. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Montag nachmittag: In Belgien wurden aus Paschendale und Brodseynde vorstößende deutsche Angriffe durch englische Truppen zum Stehen gebracht. Darauf beschloß der Feind Ypern heftig. Am Rande des Yper-

kanals dauert unsere Aktion fort. In Notre Dame de Lorette warfen wir einen deutschen Angriff zurück. Auf den Maas Höhen nimmt die Schlacht ihren Fortgang. Auf dem gestern gemeldete Angriff gegen unsere Schützengräben bei Calonne wurde durch unseren Gegenangriff vereitelt. Der hier zurückgeworfene Feind griff sodann weiter östlich bei Saint Remy an und hat es offensichtlich auf die Wiedereinnahme von Sparges abgesehen. Ein heftiger Kampf, welchem heftiges Geschützfeuer voranging, begann kurz darauf auch auf den östlichen Abhängen dieser Stellung; der deutsche Angriff mißlang jedoch.

Paris, 27. April. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Montagabend. Nördlich Ypern machten wir auf der linken Seite der Schlachtfront sehr merklige Fortschritte und warfen den Feind zurück, indem wir ihm große Verluste beibrachten. Die Deutschen bedienten sich wieder erstickender Gase, es wurde aber ein Schuttmittel angewandt, das bei unseren belgischen Verbündeten und uns die besten Ergebnisse erzielte. Bei Fay, nördlich Charlines, wurde ein heftiger Infanterieangriff um den Besitz eines durch die Explosion einer deutschen Mine entstandenen Erdtrichters geliefert. Unsere Truppen vertrieben den Feind daraus und behaupteten sich dort trotz zweier Gegenangriffe. In der Champagne bei Beaussjour verhielten die Deutschen einen Angriff, der sofort angehalten wurde. Auf den Maas Höhen erlitten die deutschen Angriffe auf der Front Sparges — St. Remy — Graben von Calonne eine empfindliche Schlappe. Trotz der äußersten Festigkeit der deutschen Bemühungen blieben wir Herren der Gesamtheit der Stellung von Sparges, deren Gänge von feindlichen Leuchtmännern besetzt sind. Am Graben von Calonne folgten unserem vorgestrigten Zurückweichen, das vorübergehend war, und uns den Verlust eines Geschützes gekostet hatte, sofort glückliche Gegenangriffe unsererseits. Die Deutschen hatten den Sturm mit mindestens zwei Divisionen ausgeführt. In den Vogesen gelang es dem Feind nach einer Beschließung von äußerster Festigkeit auf dem Gipfel des Harimannswellerkopfes Fuß zu fassen. Wir halten etwa 100 Meter vom Gipfel die Stellung besetzt, zu denen uns unser Angriff vom 23. März geführt hatte. Von diesen Stellungen waren wir am 26. März ausgegangen, um den Gipfel in sieben Minuten zu erklimmen.

## Der Bericht des Generals French.

London, 27. April. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. General French berichtet: Die heftigen Gefechte dauern an, der allgemeine Zustand ist unverändert. Unsere linke Flanke hatte, als sie die Kampflinie infolge des Vordringens der Franzosen ändern mußte, den Angriffen aus nördlicher Richtung standzuhalten und sich zugleich in westlicher Richtung über St. Julien hinaus auszubreiten. Hierdurch wurde die Linie geschwächt. Nach tapferem Widerstand der Kanadier gegen die große Uebermacht fiel St. Julien in die Hände des Feindes. Die deutschen Angriffe östlich von Ypern mißglückten gestern trotz des Gebrauchs erstickender Gase. Deutsche Offiziere und Mannschaften wurden gefangen. In den drei letzten Tagen fügten wir den Deutschen sehr schwere Verluste zu. Unsere Verluste sind ebenfalls schwer. Der deutsche Bericht, daß vier schwere englische Geschütze erobert worden seien, ist unrichtig. Ein englischer Flieger warf heute Bomben auf die Station Kortryl und vernichtete die Eisenbahn.

## Der Kampf mit giftigen Gasen.

London, 27. April. (B. Z. B.) „Daily Chronicle“ meldet aus Nordfrankreich folgende Einzelheiten über die Anwendung giftiger Gase durch die Deutschen: Am 22. April nachmittags um 5 Uhr saßen französische Soldaten in den vordersten Laufgräben zwischen Langenmarc und Anode dichten gelben Rauch aus den deutschen Schützengräben aufsteigen und sich langsam gegen die französischen Stellungen bewegen. Der Nordostwind bewirkte, daß der Rauch sich wie ein Teppich über die Erde breitete, die er in Höhe von 16 Fuß bedeckte. Die Deutschen wandten starke Flaschen komprimierten Gases an, die mit Gähnen versehen waren und geöffnet wurden, sobald der Wind auf die feindlichen Gräben stand. Die Anwendung von Gasen kam den Franzosen überraschend. Viele von ihnen wurden vergiftet und starben. Einigen glückte es, zu entweichen, aber sie wurden kurz darauf ganz schwarz im Gesicht, husteten Blut und fielen tot um. Die Wirkung des Gases wurde an der Front in einer Breite von sechs Kilometer und einer Tiefe von zwei Kilometer bemerkt. Eine Viertelstunde später rückten die Deutschen aus den Schützengräben vor, voran Soldaten mit Sicherheitshelmen, um sich zu bergewässern, ob sie die Luft atmen könnten. Da das Gas sich nunmehr verteilt hatte, rückten große Scharen Deutscher vor.

## Die Stärke des britischen Heeres.

London, 26. April. (Z. U.) Die „Daily Mail“ schreibt: Es ist festgestellt worden, daß 750 000 oder 720 000 Mann britischer Soldaten in Frankreich sind, und zwar rührt diese Feststellung von Leuten her, die aus der Rede des Herrn Lloyd Georges in Unterhause die Feststellung arithmetisch ableiteten. Die betreffende Stelle der Rede Lloyd Georges lautet: Es ist mir niemals aufgefallen, daß irgend jemand empfohlen hat, daß unser kämpfendes Heer sechs Divisionen überschreiten solle. Nach acht Monaten des Krieges sind ungefähr 6 mal so viel Leute drauhen und zwar vollständig ausgerüstet und mit genügender Menge Munition versehen. Aber diese Worte kann man in der verschiedensten Weise auslegen: 1. daß ein 7 mal so starkes Expeditionsheer entweder in Frankreich oder an den verschiedensten Fronten steht, wo die Briten gegenwärtig ihre sieben Krieges aussetzen. Da die Nominalstärke des Expeditionsheeres nach Gallane 160 000 Mann beträgt, so würde das 960 000 Mann ausmachen; 2. daß 6 mal soviel Divisionen entweder in Frankreich oder an all' den sieben Fronten stehen, was zusammen 36 Divisionen macht. Die Nominalstärke einer britischen Division beträgt 18 077 Kämpfer nach den offiziellen Tabellen vor dem Kriege. Aber diese Divisionsstärke könne augenblicklich stärker oder auch schwächer sein wie vor dem Kriege, so z. B. betrug nach offizieller Feststellung eine indische Division nur 12 891 Kämpfer. Nehmen wir also die mittlere Ziffer, so erhalten wir 18 000 für eine Division, also 648 000 Mann. Bei einer Annahme von 15 000 Mann pro Division würde unsere Heeresstärke 900 000 Mann betragen. Auf diese Weise also können die Worte Lloyd Georges mit jeder Ziffer von 540 000 Mann bis 960 000 Mann interpretiert werden und sie könnte entweder allein in Frankreich oder an all' den sieben Fronten stehen,

wo unsere Truppen gegenwärtig Fortschritte machen. Wir können wohl prophezeien, daß alle glänzenden Arithmetiker in Berlin sich gegenwärtig mit diesem verteilten mathematischen Problem den Kopf zerbrechen.

## Die englische Verlustliste.

London, 27. April. (B. Z. B.) Die amtliche Verlustliste enthält 98 Namen von englischen Offizieren, die größtenteils beim Angriff auf Hügel 60 teilnahmen. Davon sind 37 tot und 61 verwundet.

## Französische Fliegerbomben gegen die Waffenfabriken in Oberndorf am Neckar.

Stuttgart, 27. April. (B. Z. B.) Das Kriegsministerium teilt mit: Heute vormittag zwischen 9 und 10 Uhr flog ein französischer Doppeldecker, aus westlicher Richtung kommend, über Oberndorf, umkreiste mehrere Male die Stadt und warf vier Bomben ab, davon fielen drei beim mittleren, eine in das obere Werk der Waffenfabrik Manier. Der Flieger wurde schon beim Anflug und dann beim Kreisen über der Stadt mit Geschützen und Maschinengewehren beschossen. Durch Bombensplitter wurden sechs Personen der Zivilbevölkerung, darunter einige Arbeiter getötet, sieben schwer verletzt. Der Gebäude- und Materialschaden ist nur unerheblich. Der Betrieb der Waffenfabrik ist nicht gestört. Der Flieger entkam und flog in westlicher Richtung davon.

## Oestlicher Kriegsschauplatz.

### Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 26. April. (B. Z. B.) Der große Generalstab meldet: Am 25. April erschien an der Küste auf der Höhe von Polangen ein feindlicher Kreuzer, welcher ergebnislos zwei Dörfer beschloß. In den ersten Morgenstunden desselben Tages warf ein Zepplin mehrere Bomben auf die Stadt Bialystok, ohne Verluste zu verursachen. In den Karpaten, auf den Höhen bei Polangen, schlugen wir am 24. April mit Erfolg Angriffe des Feindes zurück. In der Richtung von Strij wurde am 24. April und am Vormittag des 25. April ein hartnäckiger Kampf geliefert, welcher noch andauert. Auf den übrigen Fronten fanden die üblichen Beschließungen statt. Am 25. April beschloß die Schwarzmeerflotte die Forts des Bosporus, wo man auf einem Fort große Explosionen beobachtete. Ein türkischer Panzer, welcher sich in der Meerenge befand, erwiderte unser Feuer ohne Erfolg.

## Deutsch-russischer Austausch von Schwerverwundeten.

Die Woche beginnt die Auswechslung der schwerverwundeten Gefangenen zwischen Rußland und Deutschland, im Anfang nur mit einem Wagen wöchentlich in jeder Richtung. Der Austausch erfolgt über Schweden, durch Vermittlung des dortigen Roten Kreuzes.

## Russisches Flugzeug zum Landen gezwungen

Sababek, 27. April. (B. Z. B.) Der „Pester Lloyd“ erzählt aus Uperjes: Bei der Gemeinde Zsobos wurde gestern ein russisches Flugzeug vom Sikorskytypus durch unsere schwere Artillerie zum Niedergehen gezwungen. In der Flugmaschine sahen vier Piloten, von denen drei tot aufgefunden wurden; der Lenker des Apparates wurde lebend gefangen genommen.

## Der Seekrieg.

### Vom U-Boot-Krieg.

London, 26. April. (B. Z. B.) „Times“ berichten, daß der von einem deutschen Unterseeboot angegriffene Fischdampfer „Enbo“ in den Tyne heimgebracht worden sei. Die Mannschaften der norwegischen Barken „Oskar“ und „Eva“, die von Unterseebooten angegriffen worden waren, kamen mit dem dänischen Dampfer „Anna“ in Burnisland an; beide Barken wurden, nachdem die Mannschaften sie verlassen hatten, in Grund geschossen.

Grimsbh, 27. April. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Fischdampfer „Necolo“ ist gestern in der Nordsee torpediert worden.

## Ein schwedischer Dampfer auf eine Mine gestoßen.

Stockholm, 27. April. (B. Z. B.) Nach einer Meldung von Stockholm Dagblad“ aus Soederarm ist der schwedische Dampfer „Centric“, mit Kohlen von Hummingham nach Geste unterwegs, Montag nachmittag in der Kalandsee untergegangen. Vermutlich ist er auf eine Mine gestoßen. Die Besatzung wurde gerettet; sie hatte von einem Unterseeboot nichts bemerkt.

## „Kronprinz Wilhelm“ in Newport interniert.

Washington, 25. April. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Kommandant des Hilfskreuzers „Kronprinz Wilhelm“ beschloß, das Schiff in Newport zu internieren.

## Das Schicksal der „Necolo“-Mannschaft.

London, 27. April. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Von der neun Mann starken Besatzung des gestern in der Nordsee torpedierten Fischdampfers „Necolo“ wurde einer sofort getötet; die übrigen wurden verwundet aufgefunden, nachdem sie sechs Stunden lang in Booten umhergeirrt waren. Einer der Verwundeten ist bereits gestorben.

## Herr Asquith bei den Munitionsarbeitern.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Wochenlang wurde die Reklametrommel gerührt, um die große Versammlung des Ministerpräsidenten Asquith in Newcastle am Tyne anzukündigen. Es wurde gearbeitet, wie sonst nur bei allgemeinen Wahlen, nur daß diesmal die Presseorgane aller Parteien miteinander wetteiferten, um die Erwartungen



des Publikums an dem großen Ereignis aufs höchste hinauf zu schrauben. Nun, da der große Tag vorbei ist, kann man ein Gefühl der Enttäuschung kaum unterdrücken. Man hat Herrn Asquith zu viel zugemutet. In jener Versammlung wäre Herr Lloyd George in seinem Element gewesen; der trodene Versandesmensch Asquith, der nie zu einem intimen geistigen Verhältnis mit den englischen Arbeitermassen gelangen wird, mußte mehr oder minder versagen.

**„Mehr Granaten!“** Das ist der Ruf, den man den englischen Arbeitern nun schon seit vielen Wochen unaufhörlich in die Ohren drückt. Kein Argument und keinen Appell hat man unversucht gelassen, um die Arbeiter der Munitionsindustrie zu bewegen, ohne Rücksicht auf die in jahrhundertelangen schweren Kämpfen errungenen gewerkschaftlichen Schranken und ohne Rücksicht auf die Grenzen körperlichen Leistungsvermögens ohne Rast und Pause an der Herstellung von Kriegsmunition zu arbeiten. Daß man solche verzweifelten Appelle für nötig hält, ist immerhin ein untrüglicher Beweis dafür, daß der Krieg nicht alles Denken und Trachten der englischen Arbeiter beherrscht, daß sie nicht alles vergessen haben, was sie während eines opfer- und schmerzreichen Jahrhundertsegers gelernt haben, daß sie nicht nur an nationale, sondern vor allen Dingen an ihre Klasseninteressen denken. Aber man hat einen Appell entdeckt, dem die Arbeiter nicht leicht widerstehen können. Man hat ihnen erzählt, daß die englische Armee an der Front wegen der Knappheit an Munition schwer zu leiden hat, daß der Durchbruchversuch bei Neuve-Chapelle viel weniger Blutopfer gekostet und viel erfolgreicher verlaufen wäre, wenn ein viel größerer Ueberfluß von Granaten zur Verfügung gestanden hätte, kurz, daß für jede Granate, die die Arbeiter zu Hause zu produzieren versäumen, irgend ein tapferer Bruder drüben im Felde das Leben lassen müsse. Dieses Argument hat ohne Zweifel eine gewisse Wirkung auf die Arbeiter ausgeübt. Und siehe da, gerade dieses hat Herr Asquith in seiner Rede über Bord geworfen, nur um zu beweisen, daß die Regierung es der Armee an nichts hat fehlen lassen! Kein Wunder, daß die „Times“ mit der agitatorischen Leistung des Ministerpräsidenten sehr unzufrieden sind. Dagegen kommt jetzt die sonst so verhasste und gesürchtete Demagogie des Lloyd George bei den Konservativen zu hohen Ehren.

Herr Asquith wendete sich sogar ausdrücklich gegen das Panisgeschrei. Unbegreiflich! Die „Times“ könnten ihn darüber belehren, daß die Panik der höchste Trumpf der Patrioten ist. Wie könnte man das englische Volk dazu bringen, in diesem Kriege, dem England heute ein Ende machen könnte, wenn es ernstlich wollte, endlos „durchzuhalten“, wenn man ihm nicht täglich von neuem versichern würde, welche fürchterlichen und unmittelbaren Gefahren den Bestand Englands und die Freiheiten Europas bedrohen? Freilich hat Herr Asquith auch noch an andere Dinge zu denken als die Panikpatrioten. Er muß daran denken, daß man den Verbündeten und den neutralen Staaten durch Siegeszuversicht imponieren muß, und er weiß, daß das britische Weltreich auf Prestige aufgebaut ist, das man nicht in jedem beliebigen Augenblick und überall realisieren könnte. Sonst pflegt das ja den „Times“ auch nicht unbekannt zu sein, und wenn sie jetzt kein Verständnis dafür zeigen, daß Herr Asquith die Paniktreiber an der Hand überläßt, so bestätigt das nur, daß bestimmte persönliche und parteipolitische Intrigen am Werke sind.

Die breiten Massen des englischen Volkes werden sicherlich auch nicht viel Freude und Hoffnung aus der Rede des Ministerpräsidenten schöpfen. Aber ihre Kritik wird eine ganz andere sein als die der „Times“. Der Krieg wird bald seinen neunten Monat beendet haben, und nun unternimmt die englische Regierung eine großangelegte Aktion, um die Rüstungsindustrie planmäßig zu organisieren und alle Energien des Landes und des Volkes auf die massenhafte Herstellung von Munition und Waffen zu konzentrieren. Eine Aktion, die wahrscheinlich erst nach Monaten nennenswerte Erfolge zeitigen kann, und der Krieg müßte darüber hinaus noch weitere Monate dauern, wenn diese Anstrengungen irgendwelche Wirkung auf dem Kriegsschauplatz ausüben sollen. Fürwahr eine herrliche Aussicht, die sich da den schwergeprüften Völkern Europas eröffnet. Wozu all diese Granaten verschossen werden sollen, welche konkreten Ziele England in diesem Kriege erreichen will, darüber seine Zuhörer zu belehren, hat Herr Asquith nicht für nötig gefunden. Und doch ist es gerade das, was das englische Volk immer ungeduldiger zu wissen wünscht. Die Zeit für allgemeine Redensarten ist zu Ende; die Völker wollen endlich das Kriegsziel kennen lernen. Herr Asquith wird schwerlich der letzte sein, der auf diese Frage eine Antwort geben muß.

### Der gesiebte Kongreß.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die „Times“ enthalten einen merkwürdigen Bericht über das Verhalten der englischen Regierung gegen den internationalen Frauenkongreß, der in der nächsten Woche im Haag stattfinden wird. Auf diesem Kongreß wird über den Frieden gesprochen werden und es scheint auf der Hand liegend, daß eine Regierung gegenüber einer Versammlung, die ihr aus bestimmten Gründen nicht genehm ist, zwischen zweierlei Arten, sich zu verhalten, die Wahl hat. Wenn sie konsequent liberal ist, wird sie der Versammlung, die nichts mit militärischen Geheimnissen zu tun hat und höchstens eine Volksstimmung offenbaren kann, die sich auf die Dauer ja doch nicht unterdrücken läßt, nichts in den Weg legen — ist sie aber noch in einer Anschauungswelt befangen, worin das Volk als eine unreife und urteilsunfähige, für immer der Vormundschaft einer hergebrachten Autorität bedürftigen Masse erscheint, so wird sie die Versammlung, soweit es in ihrer Macht steht, verhindern. Zunächst schien es nun so, als ob sich die liberale britische Regierung gegenüber dem Frauenkongreß zu dieser zweiten Methode entschlossen hätte. Sie verweigerte nämlich den Delegierten die Pässe. Hernach aber wurde ein selbstamer Mittelweg ausfindig gemacht. Die Regierung erlaubt zwar, daß englische Frauen nach dem Haag gehen, aber sie sanktionierte ihre Anzahl ein. Hundertachtzig wollten gehen, aber nur 24 bekommen einen Pass. 180 wären, so denken wohl die vorsichtigen Staatsmänner, zu viel gewesen — eine große Versammlung für sich, eine englische Massendemonstration für den Frieden. Vierundzwanzig sind eben nur zwei Duzend, von denen man nachher sagen kann, daß sie zur kleinen Chargenrätin gehörten, die sich überall fänden und ohne Beziehung zum allgemeinen Volksgefühl seien. Aber die Regierung macht sich nicht nur ein Kontrollrecht über die

Quantität der Kongreßdelegation an, sondern sucht sich die als Delegierte zuzulassenden Frauen selbst heraus. Der Minister des Innern hat aus der Liste der zur Fahrt angemeldeten Frauen diejenigen bezeichnet, die einen Pass bekommen sollen. Es ist eine Art Präventivzensur des Kongresses, an den Personen ausgeübt. Die Delegierten werden erst amtlich abgestempelt, sie werden „toleriert“. Man weiß wirklich nicht, was vorzugehen ist: ein brutales Verbot oder diese schmachvolle Stellung unter Kontrolle.

### Die französische Partei und die Internationale.

Dieser Tage befand sich der sozialistische italienische Kammerdeputierte Morgari in Paris, um den französischen Parteigenossen Vorschläge über eine gewisse internationale Verständigung zu unterbreiten. In der „Humanité“ berichtet nun Genosse Dubreuilh, der Sekretär der permanenten Verwaltungskommission der französischen Partei über die Unterhandlungen folgendes: „Die permanente Verwaltungskommission hat sich in ihrer Sitzung vom Montag, den 19. April, mit dem Genossen Morgari, dem Vertreter der italienischen sozialistischen Partei ausgesprochen. Man verhandelte über Morgaris Vorschläge, einen Kongreß der sozialistischen Sektionen der neutralen Länder und eine Plenarversammlung des Internationalen Sozialistischen Bureaus einzuberufen. Die Kommission hielt diesen Vorschlägen gegenüber ihre früheren Ansichten und Beschlüsse in vollem Umfange aufrecht. Als Vertreterin einer Partei, deren Nation im Kriege befindlich, muß es die Kommission den Sektionen der neutralen Länder überlassen, zu beurteilen, ob eine Zusammenkunft von ihrer Seite in diesem Augenblick zweckmäßig und nützlich ist. Was eine Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus anlangt, so erklärt sich die Kommission aufs neue sehr entschieden dagegen. Eine solche Zusammenkunft ist unter den gegenwärtigen Umständen weder materiell möglich, noch moralisch wünschenswert. Wie es die Kommission bereits ausgesprochen hat, würde eine solche Einberufung dem Zweck, den die von den besten Absichten getragenen Mitglieder des Bureaus verfolgen, nur zuwiderlaufen. Der Sitzung der Kommission wohnten die Mehrzahl der Mitglieder und der Genosse Emil Vandervelde von der belgischen Arbeiterpartei bei.

Der Sekretär: Louis Dubreuilh.“

Die Haltung der französischen Genossen ist außerordentlich bedauerlich. Sie erschwert und verzögert unnötig die Verständigung zwischen den Arbeiterparteien aller Länder, ohne sie — dessen sind wir sicher — ganz hindern zu können.

### Die österreichisch-italienischen Verhandlungen.

München, 25. April. (Z. N.) Die „Münchener Post“ veröffentlicht einen vom bayerischen Kriegsministerium genierten Bericht aus Rom über die augenblickliche Lage. Danach sind die Unterhandlungen bereits über schwieriger Differenzpunkte hinweggekommen, als diejenigen, die jetzt noch vorhanden sind. Es geht jetzt Italiens Wunsch nicht über die Ansprache hinaus, welche schon wiederholt vor dem Kriege Gegenstand der österreichisch-italienischen Unterhaltung waren. Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten betreffen ein Gebiet in der Nähe des Küstenlandes. Irgendwelche große Anerbietungen des Dreiverbandes an die Regierung sind bis jetzt nicht gemacht worden. Es liegt kein Grund vor, die Lage als besonders zugespitzt anzusehen, im Gegenteil, die Interventionisten sind heute mehr in den Hintergrund gedrängt als zu irgendeinem Zeitpunkt während des Krieges.

### Die italienischen Arbeiter und der Krieg.

Wie die Turiner „Gazetta del Popolo“ meldet, hat die Arbeitskammer von Turin beschlossen, im Falle des Eingreifens Italiens in den Krieg den Generallstreik zu erklären. Der Zentralvorstand der italienischen Gewerkschaften habe beschlossen, über die Frage eines Generallstreiks im Kriegsfall ein Referendum unter allen Arbeitskammern und Berufsorganisationen zu veranstalten. Der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Partei tagt Dienstag, den 27. d. M., in Mailand, um über die gleiche Frage zu entscheiden.

Der Wiederzusammentritt der italienischen Kammer, der am 12. Mai hätte erfolgen sollen, wird weiter hinausgeschoben werden, wie es heißt, mit Rücksicht auf die schwebenden diplomatischen Verhandlungen, deren Gang die Regierung durch parlamentarische Erörterungen nicht gestört wissen will. Eine Erklärung der Regierung über den Termin der Einberufung der Kammer liegt noch nicht vor.

### Verlängerung der Mandate zum Ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 27. April. (B. Z. V.) Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung die Gesetzesvorlage, betreffend Verlängerung der Mandate, mit der Abänderung angenommen, daß dieses nicht ein Jahr, sondern höchstens sechs Monate nach dem Friedensschluß in Kraft bleibe.

### Die russische Wehrsteuer.

Stockholm, 27. April. (Z. N.) Der Entwurf für die Erhebung einer Kriegsteuer, die von den vom Heeresdienste Befreiten unter 44 Jahren erhoben werden soll, ist vom russischen Ministerrat angenommen worden. Die Höhe der Abgabe steigt von 6 Rubel bei einem Einkommen von 1000 Rubel bis zu 250 Rubel bei einem Einkommen von 20 000 Rubel im Jahr.

### Der Brotpreis in England.

London, 26. April. (B. Z. V.) In einer Sitzung der Armenverwaltung in Cardiff sagte ein Mitglied, man müsse die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, daß der Brotpreis seit Beginn des Krieges von 5½—6 auf 8½ bis 9 Pence für vier Pfund gestiegen sei. Andererseits habe eine große Mäckerfirma kürzlich einen etwa 800 Proz. höheren Gewinn als im Vorjahre gemacht.

London, 26. April. (B. Z. V.) Der Weizenpreis erreichte an der Kornbörse in Peterborough mit 64 Schilling für den Quarter den Höchstpreis der letzten 25 Jahre. In Dorchester stieg der Weizenpreis höher als es seit dem Krieg geschehen war.

### Nahrungsmittelnot in Petersburg.

Petersburg, 26. April. (B. Z. V.) Ueber die hier herrschende Nahrungsmittelnot enthalten die Blätter folgende Nachrichten: Am 20. d. M. herrschte in den meisten Fleischläden eine sehr große Aufregung. Das Publikum verlangte polizeiliches Einschreiten. Die Polizei stellte fest, daß tatsächlich Fleisch nicht vorhanden sei und keine Verheimlichung stattfände. Die Stadtverwaltung versorgte die Bevölkerung mit Fleisch aus den Gefrierhallen. Für vorhandenes frisches Fleisch wurden Wasserpreise gefordert. Am nächsten Tage brachen aus diesem Grunde ganz erhebliche Unruhen aus, wobei eine Reihe von Läden vollständig verwüstet wurde. Der Polizei gelang es erst nach längerer Zeit, die Ruhe wiederherzustellen. — Die Petersburger Stadtverwaltung hat sich gezwungen gesehen, um die Bevölkerung mit Brot zu versorgen, städtische Bäckereien zu eröffnen. — Es wurde festgesetzt, daß am 14. April in Petersburg von dem Jahresbedarf an Tee nur noch 25 Proz., an Fisch nur noch 17,5 Proz., an Zucker nur noch 8 Proz. vorhanden waren. Die Zufuhr von raffiniertem Zucker ist außerordentlich erschwert.

### Kundgebung gegen die Lebensmittelteuerung in Rotterdam.

Der „Frankfurter Jg.“ wird aus Amsterdam berichtet: In Rotterdam fand eine große Demonstrationsversammlung der Arbeiterpartei wegen der Lebensmittelteuerung statt. Es waren 1725 Vertreter von 12000 organisierten Arbeitern anwesend. Die Versammlung faßte einen Beschluß, durch den die Regierung aufgefordert wird, eine Preisherabsetzung der wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen und die Unterstützungsbeiträge für die Arbeiter zu erhöhen. Schon vor Beginn der Versammlung war eine Verfügung des Ministers bekannt geworden, wonach es dem Volk möglich gemacht werden soll, billigere Brotsorten gegen billigere Preise zu erhalten.

### Spionage eines norwegischen Ingenieurs.

Nasbø, 27. April. (B. Z. V.) Der norwegische Ingenieur Munthe Morgenstierne, angestellt als Zeichner bei der mechanischen Werkstatt Roduma in Kalmø, wurde wegen Spionage verhaftet. Er hatte sich mehrere Zeichnungen von Unterseebooten und Torpedobootten angeeignet und teilweise nach Norwegen geschickt. Er behauptet, die Zeichnungen zu seiner Weiterbildung benutzen zu wollen. Da der Verhaftete vor einiger Zeit erklärte, nach Amerika auszuwandern zu wollen, schöpft man Verdacht. Bei der Untersuchung der Zeichnungen der Kriegsschiffe wurde der Diebstahl entdekt. Der Verhaftete ist der Sohn des Kommandanten der Festung Bergenhus, Generals Morgenstierne.

### Arbeiterbewegung in Kanada.

Wie der „Frankfurter Jg.“ aus London gemeldet wird, berichten „Times“ aus Toronto: Das Arbeitsministerium stellt fest, daß die Lebensmittelpreise in Kanada seit Beginn des Krieges um 7½ Proz. gestiegen sind. Der Arbeitsminister wandte sich an die Angestellten der interkolonialen Eisenbahn und forderte sie auf, während der Dauer des Krieges Unruhen zu vermeiden. Die Lage wird erschwert durch das Aufeinanderpressen der Interessen der verschiedenen Arbeiterorganisationen. Die Arbeiter der Fabriken in den Küstenprovinzen, die zur Anfertigung von Granaten für die Briten und deren Verbündeten beschäftigt sind, sind in eine Bewegung hinsichtlich der Arbeitsstunden und Arbeitsbedingungen (also ein Lohn- und Arbeitsdauerminimum) eingetreten; man glaubt nicht, daß die Produktion ernsthaft erschwert werde.

Bis jetzt waren von der englischen Zensur alle Berichte über die Arbeiterbewegung in Kanada, die, wie der vorrichtige Bericht der „Times“ zeigt, doch recht ernsthafter Natur sind, stets zurückgehalten worden.

### Kriegsbekanntmachungen.

#### Zulassung von Fremdsprachen für den Postverkehr.

Von jetzt ab ist bei den offen aufzuliefernden Briefsendungen nach Österreich-Ungarn und dem nichtfeindlichen Ausland allgemein die Anwendung der nachbezeichneten Sprachen gestattet:

Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Holländisch, Dänisch, Schwedisch, Norwegisch, Portugiesisch (bei Briefsendungen nach dem besetzten Teile von Belgien nur Deutsch, Dänisch oder Französisch).

Bei Briefsendungen nach der Türkei ist die spanische Sprache ausgeschlossen.

Nach dem Erlassen der militärischen Prüfungsstellen können Kataloge und Nachrichten, deren Verbreitung im Auslande im Interesse des Deutschen Reiches liegt, sowie ähnliche Sendungen auch in anderen als den vorgenannten Sprachen zur Absendung freigegeben werden. Bei solchen Sendungen sowie unter Umständen auch bei Sendungen in italienischer, spanischer, holländischer, dänischer, schwedischer, norwegischer und portugiesischer Sprache muß indes mit Verzögerungen bei der Weiterleitung ins Ausland gerechnet werden. Mit der Annahme von Sendungen, die in anderen als den allgemein zugelassenen Sprachen abgefaßt sind, übernimmt die Postverwaltung keine Gewähr für ihre Weiterbeförderung ins Ausland.

#### Keine feuergefährlichen Gegenstände in Feldpostsendungen.

In vielen Geschäften werden mit Benzin gefüllte Gaslatineflaschen und Streichhölzer in Blechbehältern festgehalten und dem Publikum als zur Versendung mit der Feldpost geeignet angepriesen. Demgegenüber wird erneut darauf hingewiesen, daß die Versendung feuergefährlicher Gegenstände, wie Streichhölzer, Benzin, Aether, mit der Feldpost unter allen Umständen, selbst unter besonderer Verpackung, verboten ist. Wer der Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot überführt wird, wird strafrechtlich verfolgt.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Industrie Feuerzeuge mit Feuerstein und Zündschnur auf den Markt gebracht hat, die ohne Benzin oder andere Zündmittel gebrauchsfähig und ungefährlich sind.

### Letzte Nachrichten.

#### Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. April. (B. Z. V.) Der nachmittags ausgegebene amtliche Bericht besagt: Dem gestrigen Berichte ist nichts hinzuzufügen außer der Befestigung und Fortdauer unserer Fortschritte nördlich von Opern und auf den Raashöhen und als Ergänzung zum Bericht: Der Sortmannsweilerkopf, der uns gestern morgen entrisen worden war, wurde abends von uns wieder genommen; wir machten Gefangene.

#### Beratungen im japanischen Ministerrat.

Petersburg, 27. April. (B. Z. V.) „Nesha“ meldet aus Tokio vom 20. April: Infolge der Weigerung Chinas, die japanischen Forderungen hinsichtlich der Mongolei zu erfüllen, hat der japanische Ministerrat eine Beratung abgehalten, um über den weiteren Gang der Verhandlungen schlüssig zu werden. Die japanische Presse verlangt einschneidende Eingriffe. Die Regierung hofft jedoch noch immer auf friedliche Lösung.

Auf den japanischen Werften werden die Arbeiten zur Balsendung von drei Dreadnoughts von je 20 000 Tonnen beschleunigt. Der Panzerkreuzer „Kirisima“ von 27 000 Tonnen ist bereits in Dienst gestellt worden.



**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: **Das Wintermärchen.**  
Donnerstag: **Schluck und Jau**  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: **Der Weibsteufel.**  
Donnerstag: **Der Weibsteufel**  
Sonntag 7 1/2 Uhr: Nachmittags-  
Vorstellung (kleine Preise) Die  
deutschen Kleinstädter.

**URANIA** Taubenstr. 48/49.  
4 Uhr (halbe Preise):  
**Auf dem polnisch. Kriegsschauplatz**  
mit der Mackensen-Armee.  
8 Uhr: Direktor Franz Goerke:  
**Die Winterschlachten in Masuren.**

**Zirkus Alb. Schumann**  
Mittwoch, 28. April, Anf. 8 Uhr:  
— **Großer Elite-Abend** —  
Auftreten sämtlicher  
neuen Spezialitäten.  
9 1/2. Nur noch einige Tage! 9 1/2.  
**Ost und West**  
Großes patriotisch. Schauspiel  
Ferner  
**U-Boot** bei der  
Arbeit  
sowie  
Torpedieren ein. Handelsdampfers.

**KONIGLICHER HOLLÄNDISCHER LLOYD**  
  
NACH SÜD-AMERIKA

**Nächste Abfahrten**  
von  
**Amsterdam nach Süd-Amerika**  
(La Coruna, Vigo, Lissabon, Pernambuco, Bahia,  
Rio de Janeiro, Santos, Montevideo u. Buenos Aires).  
**Schneldampfer: Hollandia, 12. Mai**  
und weiter alle 14 Tage.  
Frachtdampfer: 5. Mai, 2. Juni u. s. w.  
Auskunft durch den  
**KONIGLICHEN HOLLÄNDISCHEN LLOYD, AMSTERDAM**  
oder in  
**Berlin: Passage-Agentur D. A. Vonk, 70 Unt. d. Lind., NW7**  
Telegramm-Adresse: Reallloyd      Telefon: Zentrum 11861

**Theater für Mittwoch, den 28. April**  
**Berliner Theater**  
8 Uhr: **Extrablätter!**  
**Deutsches Künstler-Theater**  
8 Uhr: **Im weißen Rössl!**  
**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: **Die verkaufte Braut.**  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**  
8 Uhr: **Die Fledermaus.**  
Drittletzte Vorstellung dieser Spielzeit  
**Gebr. Herrfeld-Theater**  
8 Uhr: **Famille Plaschek.**  
Helbring contra Helbring.  
**Kleines Theater**  
8 Uhr: **Scherz, Satire, Ironie**  
u. tiefere Bedeutung.  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: **Gold gab ich für Eisen.**  
Freitag z. 1. Male 8 Uhr: **Der Opernball**  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**  
**Lessing-Theater**  
8 Uhr: **Datterich.**  
**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr: **Gebildete Menschen.**  
Konrad Dreher a. G.  
**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Der Hochtourist.**  
**Residenz-Theater**  
8 Uhr: **Die Schöne vom Strand.**

**SARRASANI**  
Heute 3 Uhr, 7 1/2 Uhr  
**2 Große Vorstellungen**  
**KLEINE PREISE**  
Tel. Norden 10408.  
Vorverkauf Warenhaus Tietz.

**WINTERGARTEN**  
Letzte Vorstellungen:  
**Elsa und Berta**  
**Wiesenthal**  
Rosa Felsegg  
Gussy Holl  
sowie der  
glänzende  
April-Spielplan.  
**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Bände  
Buchhandlung Vorwärts

**Zum Besten d. Arbeiter-Jugendheime**  
Der am letzten Sonntag umständehalber ausgefallene  
**Lichtbildervortrag**  
über:  
**Aus der Glanzzeit unserer mittelalterl. Städte u. Burgen**  
findet nunmehr bestimmt  
am nächsten Sonntag, 2. Mai 1915, abends 8 Uhr  
(Saalöffn. 6 1/2 U.) in **Obiglios Festsälen, Kopenstr. 29, statt.**  
Die ausgegebenen Einlaßkarten sowie Garderobe-  
marken behalten ihre Gültigkeit.  
Weitere Einlaßkarten à 25 Pf. sind gleichfalls noch  
am Saaleingang zu haben. 1631b

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger. Wkt. 8 U.  
Zum Schluß:  
**Im Schützengraben**  
Militärisch. Zeit-  
bild von Westf.  
Militärpersonen  
u. deren Knack-  
bürgen vollkommene  
freie Zutritt zu  
b. Stett. Sänger

**Casino-Theater**  
Holbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Das neue dreitägige Lustspiel  
**Die gute Mama.**  
Dazu der erstklassige bunte Teil.  
Das reichhaltigste Progr. aller Theater.

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58.      Badstr. 58.  
Mittwoch, den 28. April 1915:  
Benefiz für Herrn Franz Rühle.  
**Franziska von Hohenheim**  
über: Ein edles Frauenberg.  
Schauspiel in 5 Akten v. Heinrich Laube.  
Soffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

**Minlos'sches Waschpulver**  
alleintätig, ohne Seife oder Soda  
zu verwenden  
das 1 Pfd. Paket kostet nur 30 Pfg.

**Allgemeine**  
**Orts-Krankenkasse**  
für  
**Berlin-Tempelhof.**  
**Achtung!**  
Die für Freitag, den 30. April er.,  
angelegte Auszahlung-Sitzung kann  
umständehalber an diesem Tage nicht  
stattfinden, sondern am Montag,  
den 10. Mai er., im Restaurant  
„Schauer, Berlin-Tempelhof, Kottbus-  
straße Nr. 5, um dieselbe Zeit mit  
der gleichen Tagesordnung. 267/14  
Der Vorstand  
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse  
für Berlin-Tempelhof.  
Hilbert George, I. Vorsitzender.  
Haben Sie Bistoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Maß, which, d. d. d. d. d.  
von 25 Mark an. Moritz Laband,  
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Hbr.)

**Allgemein-Verchiedenes**  
**Truttele Cigarettenfabrik.**  
**MANOLI**  
ZIGARETTEN  
\* **Deutschlands**  
führende  
Marke  
**BOSNIA**  
CIGARETTEN  
Etwas  
ganz Besonderes  
**MAL-KAH**  
Company  
Berlin N. 20 Pankstr. 65.  
Fördert **KADDA-Cigaretten**  
**Kressin**  
Raucht Herbststoll  
Cigaretten  
**Alkoholf. Getränke**  
**Franz Abraham**  
Hank Messina u. Römertank-Kell.  
C 25 Berlinstr. 5a. Fernsp. Kgt. 13708  
Beleuchtungsgeschäfte  
Süßner, A., Danzigerstr. 26.  
**Bade-Anstalten**  
Arkon-Bad, Anklam-Str. 34.  
Bad Alt-Moabit 104 Krank-Kass.  
Landberger Str. 107.  
Göllnowstr. 45. Lieferr.  
sämtlich. Krankenk.  
**Bad**  
Bad Börse, Dirksenstr. 50.  
**Neukölln**  
Kopenbergerstr. 21.  
Kopenstr. 95.  
sämtliche Bäder.  
**National-Bad, Brunnenstr. 3.**  
**Bad Ostend** Boxhagen-Str. 17  
Lief. all. Kassen  
Kottbus-  
Damm 79.  
Reform-Bad, Wiener Str. 65.  
**Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.**  
**Silesia-Bad** Schlesische Str. 31.  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
Assmus, Wilh., Eckertstr. 11.  
F. Brechtkopf, Exerzierstr. 19a.  
Waldemar Brosse, Dreierstr. 3  
Hermann Busch, Grünauerstr. 12.  
Fritz Eichler, Bastianstr. 18.  
Emanuel Flügel, Mirbachstr. 25.  
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.  
O. Götz, Wiesstr. 31. a. graze Kth.  
A. Großbrandt, Wittstockstr. 7.  
A. Großklausky, Boxhagenstr. 27.  
Gust. Heintschel, Havellernerstr. 26  
**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Neukölln u. Treptow  
Gegründet 1892.

**Erscheint 2 mal**  
**wöchentlich.**  
**Phänomen**  
**MONA**  
**LISA** Die neue 33  
Qualitäts-  
Cigarette  
**Bäcker- u. Konditoreien**  
Otto Hoff, Chorinerstr. 13.  
F. Klenowetter, Schivelbeinerstr. 14.  
R. Klinke, Weidens., Lehdorstr. 120.  
R. Kleiner, Schulstr. 102  
Max Kühl, Triftstr. 9  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
G. Meier, Grüner Weg 27.  
P. Müller, Wilhelm-Alexisstr. 43.  
G. Münch, Keimlingsstr. 111  
Gustav Nielsen, Lindowerstr. 9  
J. E. Popp, Amendstr. 104, Reichenk.-St.  
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.  
Osw. Rauhut, Gürtelstr. 27  
Gust. Rautenberg, Metzgerstr. 11  
Fritz Richter Jr., Liebenwalderstr. 13  
H. Saanus, Altonsteiner Str. 26.  
Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 9.  
Adolf Schulz, Fiorastr. 78 Pank.  
**Turban** Filialen in allen  
Stadtteilen.  
E. Weber, Provinzstr. 89, Reiche 84-0  
Karl Wehholz, Kamerunerstr. 57.  
Emil Werk, Samariterstr. 8.  
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 14  
Zachau, Gr.-Lichterf., Glanuzstr. 55a  
Paul Zastrow, Stromstr. 23.  
**Bandagen, Gummiwaren**  
R. Bauke, Stralauer Str. 56.  
J. Kappelich, Rosenthalerstr. 25.  
E. Kraus, Kottbusstr. 35.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 166  
H. Neusch, Breitestr. 24, Spandau.  
M. Spranger, Reichenk.-Str. 11.  
**Beerdigungsanst. Sargmag.**  
J. Linzcrinski, Gerichstr. 30.  
H. Petermeyer, Strellitzerstr. 8.  
**Butter, Eier, Käse**  
**Contordia-Butterhandl.**  
**des Ostens**  
**Bruno Freche** 15 Detail-  
geschäfte  
**Gebr. Gause.**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Filialen.  
**August Holtz** 15 Detail-  
Geschäfte.  
Habernus, Böttcherdlig, Strausberg  
Herm. Kunst, Culmstr. 29  
**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte  
**Kosmalla, E., 4** Detail-  
Geschäfte  
**„Nordstern“**  
**„Mercur“**  
**Schröter, R.**  
45 Verkaufsstellen 43  
**Gebr. Sievert**  
Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse.  
**Uhly & Wolfram**

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**  
**Bierbrauerei, Bierdlig.**  
**Brauerei Bötzow**  
empfehlen  
**Qualitätsbiere**  
ersten Ranges.  
**W. Adelung & A. Hoffmann**  
Akt.-Brauerei Potsdam, Eg. Niederl.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15  
Brandenburg, E. Wilhelmstr. 119  
Spez. Potsd. Stangenbier  
**Berliner**  
**Bock-Brauerei**  
empfehlen  
anerkannt vorzügl. Biere  
**Osw. Berliner**  
Ur-Berliner, hell und dunkel  
Hempel, E., Müllerstr. 138 d.  
Leisenbrauerei Weißensee.  
**Brauerei Königstadt**  
feinste Qualitätsbiere.  
**C. Habels Brauerei**  
hell - Habelbräu - dunkel.  
**Weissbier - Caramelbier**  
Brauerei E. Willner  
Pankow.  
**Löwen-Brauerei**  
vorzügl. Faß- und  
Flaschen-Biere.  
**Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg  
**Brauerei Pfefferberg.**  
**Trinkt Wanninger Bier!**  
**Verelns-Brauerei Teutonia, NW 87.**  
**Spandauerberg-Brauerei**  
Weissbier, C. Breithaupt,  
Pallasenstr. 97 Tel. -A.VII. 2634.  
**Cacao, Schokolad., Confitur.**  
**SAROTTI**  
Kakao und Schokolade  
preiswert  
beliebt in jedem Haushalt.  
Seilert, E., Filial in Berlin  
u. Vororten  
**Cylix, G.,** Filialen in all.  
Stadtteilen.  
**Eisen, Stahlwaren, Waffen,**  
**Werkzeuge**  
Herm. Braun, Landabg. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Otto Bellig, Wrangelstr. 59.  
Oranien  
G. Brucklacher, str. 304  
A. Eibertin, Ackerstr. 132.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 9.  
Rühmann, P., Müllerstr. 40b, E-Seest

**Meierei**  
**C. Bolle**  
A.-G.  
Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
Tel. 98 183  
Ältester und größter  
Milchwirtschaftlicher  
Grossbetrieb  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 69  
**Weine, Liköre, Fruchtsäfte**  
**E. Ballin & Co.**  
Cognak, Brännerei  
Dampf-Likörfabrik  
Nur Qualitätsliköre.  
**Hugo Beling**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.  
**P. Kirchner & Co.**  
Cognak, Likörfabrik  
**Kirchners Araber,** Frankfurt  
**Größ. Zur Sonne, P. Fruenderer** Frankfurt  
**Otto Albert Schulz** Allee 154  
Groß-Destillation, Ausschank  
**Herm. Meyer & Co., Act.-**  
**Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.  
**Oswald Nier**  
20 Filialen und Weinstuben  
**Underberg-**  
**Boonekamp**  
Anerkannt bester Bitterlikör  
**Spritt- und Likörfabrik**  
Ringfrei  
**M. & W. Müller**  
Buckowerstr. 73.  
**Zahnteller**  
W. Best, Müllerstr. 43, Treptow.  
M. Dresler, Grünstr. 701, Treptow.  
**Britz**  
St. Sorowka, Barken, Rudowerstr. 34a  
**Federadorf**  
Carl Engel, Br.-u. Feinbäckerei  
**Königs-Wusterhausen**  
G. Hübner, Ura-Goldw. Hähnlin, 19  
**Kaufhaus Emil Bergmann**  
**Mahedorf**  
Franz A. Pagel, Kolonialwaren.  
**Mariendorf**  
E. Tietz, Back, Gr.-Reorenstr. 156.  
H. Wagner, Königstr. 11, Fliech-Wagz.  
**Neukölln**  
C. Kämpfer, Bergstr. 157, Ura-Goldw.  
Krause, Kais. Friedr. Str. 79, Weisbach.  
Fr. Pannock, Bergstr. 125, Lederw.  
**Nieder-Schönhausen**  
O. Stiem, Schlichter, Kais. Wilh. Str. 74  
K. Wille, Schlichter, Lindenstr. 16.  
**Spandau**  
Karl Heinrich, 342, Schäferstr.  
Schroeter, Berlin, 15, Fisch-Wagz.  
**Tempelhof**  
J. Nohmann, Back, Friedr. Wille-Str. 77.  
**Weißensee**  
P. Jürgen, Kolonw. Berl. Allee 168.  
Thüling, Drogerien, Weißensee  
Otto Obst, Fl. u. Wagz. Allee 79.  
**Wilhelmaruh**  
Wander, Kottbusstr. 129, Hauptstr. 19  
**Zossen**  
Warenhaus S. Cohen



Verständigung mit England.

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ stellt unter der Ueberschrift „Zwei Stimmen aus einer Partei“ Auslassungen der Breslauer „Volkswacht“ und der Chemnitzer „Volksstimme“ gegenüber.

Wir wissen nicht, auf welchen Tatsachen das Breslauer sozialdemokratische Blatt diese unbegrifflich milde Beurteilung des englischen Krämervolkes aufbaut, aber das wissen wir, daß das Blatt sich gründlich getäuscht hat, wenn es in demselben Zusammenhang davon sprach, auch im französischen Volke sei die Sehnsucht nach Frieden sehr stark, und hoffentlich würden die Sozialisten auch in Frankreich bald wieder die Wortführer dieser Sehnsucht werden, wie sie es in England und Deutschland schon jetzt sind.

So ist der „Kurier“ zum mindesten über die politischen Strömungen in England sehr schlecht unterrichtet. Auch dort gibt es natürlich eine Gruppe, die phantastische Pläne über die Zertrümmerung Deutschlands hegt. Aber stärker ist, nach der Haltung der übergroßen Mehrzahl der englischen Blätter zu urteilen, der Wunsch nach Verständigung mit Deutschland. Die „Volkswacht“ findet daher durchaus unsere Zustimmung, wenn sie (nach dem „Kurier“) weiter folgert:

„Sollen wir den Frieden, so müssen wir den Frieden mit England wollen, einen Frieden, der nicht auf phantastischen Zukunftshoffnungen, sondern auf den nüchternen Tatsachen beruht, und wenn die „Volkswacht“ meint, man dürfe sich dabei nicht darum kümmern, daß dann etwa in Berlin und Paris ein paar Enttäuschte mit unzufriedenen Gesichtern herumlaufen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“, auf die sich der „Kurier“ bezieht, hat sich zwar gegen einen „vorzeitigen“ Friedensschluß gewandt. Aber die Meinungen über das, was ein „vorzeitiger“ Friedensschluß ist, werden wohl ebenso stark auseinandergehen wie die Auffassungen über die Frage, was unter „rechtzeitiger“ Freigabe der Friedensörterungen zu verstehen ist. Im übrigen gelten die Argumente für die Richtung, in der eine Verständigung mit den Gegnern Deutschlands vornehmlich zu suchen ist, ganz unabhängig davon, wann der Friedensschluß eintritt.

Daß die Friedenssehnsucht in Frankreich öffentlich viel schwächer zum Ausdruck kommt als in den anderen kriegführenden Staaten, wird durch die militärische Situation Frankreichs erklärlich. Auch dort spielt die „Sicherung der Grenzen“ bei den Kriegszieleörterungen eine große Rolle. Wenn der „Kurier“ aber meint, die Chemnitzer „Volksstimme“ habe recht mit dem Hinweis, „jedes friedensfreundliche Wort, das in Deutschland gesprochen werde, gebe in den feindlichen Ländern Anlaß zu neuer Aufstachelung der Kräfte und werde als neuer Beweis für Deutschlands Schwäche gedeutet“ — so befindet sie sich größtenteils im Irrtum. Im Gegenteil! Je schlechter die militärische Situation eines Landes, um so eifriger wird jeder Friedensgedanke (wie das Beispiel Frankreichs zeigt) abgelehnt. Frankreich glaubt eben seine militärische Position noch verbessern zu können und daher will es nichts von einem „vorzeitigen“ Frieden wissen. Es ist weiter unrichtig, daß jede friedensfreundliche Äußerung in Deutschland vom Ausland als Beweis für die Schwäche Deutschlands ausgebeutet werde. In den ausländischen Kreisen, die an der Propaganda für Fortsetzung des Krieges ein Interesse haben, geschieht das allerdings — unter Verzerrung des Sinns der Äußerungen. In den Kreisen Englands dagegen, die selbst einen Frieden wünschen, werden derartige Stimmen aus Deutschland eifrig gesammelt und freudig begrüßt. In Frankreich wehrt man sich nur deshalb gegen eine Erörterung des Friedensschlusses, weil man in solchen Gedanken deutschen Ursprungs fälschlicherweise den Wunsch sieht, Frankreich solle gedemütigt werden.

Wer ist schuld am Kartoffelwucher?

Von einem Fachmann, der seit vielen Jahren ein großes Kartoffelgeschäft im oberschlesischen Industriegebiet führt, erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgende Feststellungen von allgemeinem Interesse entnehmen:

Schon im August haben die Güterbesitzer in Oberschlesien, trotzdem die Ernte dort gut war, die Preise unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse maßlos in die Höhe getrieben. Der Preis wurde von 1,80 M. auf 5 M. pro Zentner gesteigert.

Als die Höchstpreise angelegt wurden, wurden sie ganz einfach nicht innegehalten, weil die Landwirte zu diesen Preisen nichts hergaben. — Anzeigen in bezug auf Ueberschreitung der Höchstpreise blieben unbeachtet. Auch in letzter Zeit wurden Inserate in den Blättern veröffentlicht, in denen statt des Höchstpreises von 4,50 Mark pro Zentner 5,50 bis 8 Mark gefordert wurden. Es wird dabei der Schein erweckt, als handle es sich um Saatkartoffeln, während für jeden Fachmann klar ist, daß dies nur ein Vorwand sei.

Die letzte Preisserhöhung bezeichnet unser Gewährsmann als durch nichts gerechtfertigt. Er schreibt:

Im vorigen Monat hat die Regierung eine Bestandaufnahme angeordnet. War das Ergebnis nicht zufriedenstellend, so hätte durch Vertrauenspersonen eine Nachprüfung stattfinden müssen; wir haben ja in letzter Zeit oft genug lesen können, daß die Angaben mancher Landwirte sehr unzuverlässig sind. Weiter mußten sämtliche Kartoffeln beschlagnahmt werden.

Waren wenig Kartoffeln vorhanden, so mußten sie beschlagnahmt werden, damit eine ordnungsgemäße Verteilung

stattfinden konnte. War die Feststellung aber eine zufriedenstellende, so mußten sie beschlagnahmt werden, um dieses Volksnahrungsmittel vor übertriebenen Preisen zu schützen. „Technische Schwierigkeiten“, die die Beschlagnahme hinderten, gibt es nicht. Die dem Landwirt für Saat, Futtermittel und Eigenbedarf erforderlichen Mengen konnten freigegeben werden, der Rest mußte bis zum Verbrauch bezw. bis zur Abforderung in den Schubern verbleiben. Das Aufspeichern und Durchlesen der Kartoffeln ist durchaus nicht notwendig und auch nicht ratsam; die Kartoffeln müssen möglichst lange unberührt in den Schubern verbleiben. Das ist der beste Schutz gegen Verderben. Aber selbst wenn es zur Einspeicherung kommen mußte, so war es eine Kleinigkeit, die Kartoffeln vor Verderben zu schützen. Es genügt, die Kartoffeln in durchaus gesundem Zustande einzulagern und sich selbst zu überlassen, denn ein fortwährendes Verlesen und Entfeimen ist nachteilig. Die Keime dürfen nicht eher als kurz vor Verbrauch entfernt werden.

Das traurigste in der ganzen Angelegenheit liegt darin, daß in der Hauptsache die Aermeren der Bevölkerung diese hohen Preise zahlen sollen, denn die besser Gestellten sind, wenigstens in den Klein- und Mittelstädten, ziemlich bis zur Neuernie eingedeckt.

Die augenblickliche Lage ist folgende: Bei den Landwirten liegen noch große Mengen Kartoffeln; die besser gestellten Städter sind ziemlich gedeckt; wir Händler — ich kann sagen im ganzen oberschlesischen Industriegebiet — stehen ohne irgend welche Vorräte, sollen den Landwirten die jetzigen hohen Preise bewilligen, und diese hohen Preise sollen uns die sogenannten kleinen Leute bezahlen!

Diese Zustände sind haltlos und müßten je eher, desto besser geändert werden.

Soweit unser Gewährsmann. Er bemerkt übrigens, daß er die Händler nicht besonders in Schanz nehmen will; es gäbe unter ihnen auch „manche nette Pflanze“.

Es ist die alte Geschichte: Landwirte und Händler schieben bei jeder Teuerung die Schuld gegenseitig einander zu, während unter den einen wie unter den anderen es immer Elemente gibt, die die Notlage ausnützen. Bei der Kriegskatastrophe war es aber die Pflicht der Regierung, solches mit allen Mitteln zu hintertreiben, zumal die Volksvertretung ihr die Mittel dazu in die Hand gegeben hat.

Zur Kartoffelversorgung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Nach Mitteilungen, die in die Presse gelangt sind, scheint bei vielen Landwirten die Auffassung zu bestehen, als ob sie die besondern Zuschläge zu den Kartoffelhöchstpreisen, die ihnen als Entschädigung für Aufbewahrung, geeignete Behandlung, Schwund und Risiko durch die Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 15. April 1915 lediglich für den Fall des Verkaufs an das Reich, einen Bundesstaat oder Eliaz-Vorbringen oder die Kreise oder Gemeinden zugestanden sind, nunmehr unbedenklich auch beim Verkauf an Händler oder andere Privatleute fordern könnten. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Auffassung nicht zutrifft. Beim Verkauf an Privatpersonen, also namentlich auch beim Verkauf an Händler, dürfen die Landwirte nach wie vor keine höheren Preise fordern, als in der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1915 über die Höchstpreise von Kartoffeln festgesetzt sind. Die in dieser Verordnung festgesetzten Höchstpreise betragen, wie wohl noch allgemein bekannt sein dürfte, beim Verkauf durch den Produzenten, d. h. den Landmann, je nach den Landesstellen und Kartoffelsorten 4,25 bis 4,80 M. für den Zentner. Ein Landmann, der an Händler und andere Private Kartoffeln zu höheren als den in dieser Verordnung festgesetzten Preisen verkauft, legt sich der Gefahr empfindlicher Bestrafung aus.“

Es sei ferner noch darauf hingewiesen, daß die früher etwa unter Vereinbarung niedrigerer Preise abgeschlossenen Kartoffellieferungsverträge nicht einseitig aufgehoben werden können, vielmehr erfüllt werden müssen. Die neue Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln vom 12. April 1915 hat daran nichts geändert. Sie gibt nur der Reichsstelle für Kartoffelversorgung das Recht, in die am 12. April laufenden Verträge einzutreten.“

In Wirklichkeit wird die Bundesratsverordnung dazu führen, daß auch private Käufer die Zuschläge zu den Höchstpreisen zahlen müssen. Sind doch die Höchstpreise selbst dauernd umgangen worden! Im übrigen werden die Produzenten und Händler, falls die Vorschrift über die Zuschläge streng durchgeführt werden sollte, nur an das Reich, die Bundesstaaten oder die Kommunen verkaufen.

Zur Kartoffelnot schreibt Professor Dr. Girschfeld in der „Voss. Ztg.“:

Der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes, Herr Dr. Kuczynski, hat auf die große Gefahr hingewiesen, daß von den jetzt noch vorhandenen Kartoffelvorräten ein zu beträchtlicher Teil für die Verfütterung an Vieh und namentlich an Schweine verbraucht wird und dementsprechend binnen kurzem für die Ernährung der Menschen zu wenig zur Verfügung steht. Ich teile diese Ansicht vollständig und möchte sogar hervorheben, daß die Gefahr noch größer ist, als sie Kuczynski annimmt. Bisher wird nämlich allgemein reichlich 1 Pfund Kartoffeln als der durchschnittliche Verbrauch eines Bewohners für den Tag gerechnet. Wie ich vor kurzem in einem Aufsatz in der Berliner klinischen Wochenschrift auseinandergesetzt habe, mag dies wohl für normale Zeiten zutreffen. In der Gegenwart haben wir jedoch mit ganz anderen Verbrauchszahlen zu rechnen. Da die Bevölkerung in dem Progenus beschränkt ist, so muß sie zum Ausgleich noch mehr von dem billigsten Nahrungsmittel, das wir neben dem Brot besitzen, und das ist trotz der heutigen hohen Preise immer noch die Kartoffel, verzehren. Da 100 Gramm Brot an Nährwert etwa 250 Gramm Kartoffeln entsprechen, so müssen bei der Verringerung des Brotverbrauches von 500 Gramm, wie er bei sehr vielen Arbeitern anzutreffen ist, auf 250 Gramm dafür etwa 300—400 Gramm Kartoffeln täglich mehr genossen werden. Ferner bewirkt der hohe Preis fast aller Nahrungsmittel einen geringeren Verbrauch der teureren, namentlich des Fleisches, und auch dieser Umstand trägt dazu bei, den Verbrauch an Kartoffeln noch weiter zu steigern. Ein Konsum von etwa 1000 Gramm Kartoffeln für den Kopf, der schon früher in einzelnen Schichten der Bevölkerung gefunden wurde, ist daher jetzt noch häufiger zu erwarten. Der Rat Kuczynskis, der ja auch von anderen Volkswirten schon ausgesprochen wurde, möglichst rasch den Schweinebestand Deutschlands zu verringern, muß daher auf das energischste unterstützt werden.

Politische Uebersicht.

Die Polizei in der Düsseldorfener Parteidruckerei.

Am Sonnabendnachmittag nach 5 Uhr erschien in der Druckerei unseres Düsseldorfener Parteiorgans ein Polizeinspektor in Begleitung einiger Kriminalbeamten und erzwang die Einstellung des Druckes der Sonntagsnummer der „Volkszeitung“. Anlaß dazu gab, daß einige von der Zensur gestrichene Stellen nicht durch Neusatz in der Zeitung ersetzt worden waren.

Gegen die Maifeier.

Das stellvertretende Generalkommando des VII. Armee-korps in Münster (Westfalen) hat an die Parteipresse in ihrem Bezirk ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

„Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Sie das Raufen des 1. Mai zum Anlaß politischer Erörterungen machen könnten, die sich mit der Zusammengehörigkeit der Arbeiterschaft aller Länder und dem Weltfrieden befassen.“

Es wird dann darauf hingewiesen, daß diese Erörterungen unter keinen Umständen über die Grenze hinausgehen dürfen, was das Generalkommando in einem Schreiben vom 21. April als das Äußerste, was gestattet werden könne, dargelegt hat. Dieses Äußerste war die Kundgebung des Parteivorstandes über die Konferenz in Wien. Hier hatte das Generalkommando davor gewarnt, bei wohlwollenden Besprechungen dieser Kundgebung weiter zu gehen als der Parteivorstand gegangen war. Weiter wurde verfügt, daß die auf die Maifeier bezüglichen Artikel usw. den Polizeiverwaltungen zur Vorprüfung vorzulegen sind, ebenso bedürfen Berichte über stattgefundene Feiern der Präventivzensur.

Unnütze Aufregung.

Vor einiger Zeit sind einige englische Bankbeamte aus dem Konzentrationslager Ruhleben entlassen worden, weil in London Tausende von Deutschen ihrem Beruf als Bankbeamte, Reiseure, Kellner usw. frei nachgehen können. Auf der Fahrt nach Hamburg sollen die Freigelassenen ihrer Freude im Speisewagen eines D-Zuges etwas ungehemmt Ausdruck gegeben und — man denke, welch ein Verbrechen! — laut — englisch gesprochen haben. Auf die wütenden Angriffe einiger Zeitungen gegen die Regierung wegen „laxer“ Behandlung der Engländer antwortet jetzt der offiziöse Draht:

Berlin, 27. April. (W. Z. B.) Vor einigen Tagen sind aus dem Gefangenenlager Ruhleben sieben englische Bankbeamte entlassen worden. Die von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat es mit diesen Entlassungen folgende Veranlassung: Bei der Festsetzung aller jetzt in Ruhleben vereinigten Engländer handelt es sich um eine Vergeltungsmassnahme gegenüber der Masseninternierung von deutschen Staatsangehörigen in England. Nun hat es sich herausgestellt, daß in England über 100 deutsche Bankbeamte sich nicht nur auf freiem Fuße befinden, sondern auch ungehindert ihren Geschäften nachgehen können. Da hiernach für diese Kategorie von Persönlichkeiten der Internierungsgrund fortfiel, erachtet es gerechtfertigt, die englischen Bankbeamten auf freiem Fuß zu setzen. Inwieweit das Benehmen der freigelassenen Engländer auf ihrer Fahrt nach Hamburg zu berechtigten Anlässen Anlaß gegeben hat, wird die hierüber eingeleitete Untersuchung ergeben.

Reichstagsdewahl.

Bei der gestrigen Reichstagsdewahl im Wahlkreis Glatz-Habelschwerdt 12 für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Landgerichtspräsidenten a. D. Sperlich wurden nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis 621 gültige Stimmen abgegeben. Der einzige aufgestellte Kandidat Majoratsbesitzer Anton Graf Magnus-Eckersdorf, Kreis Neurode (Zentrum), erhielt 6203 Stimmen, gesplittet waren 8 Stimmen. Ein ländlicher kleiner Wahlbezirk sieht noch aus. Die Wahl des Grafen Magnus ist gesichert.

Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer.

Ein Allerhöchster Erlaß vom 24. April 1915 befiehlt: Auf Grund des Gesetzes vom 4. April 1915 über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer will Ich in Gnaden genehmigen, daß die gerichtlich bereits eingeleiteten, bis zum heutigen Tage noch nicht rechtskräftig erledigten Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege niederschlagen werden, soweit sie vor dem 27. Januar d. J. und vor der Einberufung zu den Fahnen begangene

- 1. Uebertretungen,
2. Vergehen mit Ausnahme derjenigen des Verrates militärischer Geheimnisse,
3. Verbrechen im Sinne der §§ 234, 244, 264 R.-St.-G.-B., bei denen der Täter zur Zeit der Tat das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte,
zum Gegenstande haben. Soweit in anderen Fällen die Niederschlagung der Untersuchung angezeigt erscheint, erwarte Ich Einzelvorschläge. Ausgeschlossen von den Gnadenurteilen sind Personen des Soldatenstandes, gegen die wegen begangener Straftaten durch militärgerichtliches Urteil auf Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt ist oder wird, sowie andere Personen, die mit Rücksicht auf eine Straftat ihre Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben oder verlieren werden. Die Minister der Justiz und des Krieges haben die zur Ausführung des Erlasses erforderlichen Anordnungen zu treffen.
Großes Hauptquartier, den 24. April 1915.
Wilhelm

Befehl
An den Justizminister und den Kriegsminister.

Kommunalwahlrecht und Militärdienst.

Bei einer Stadtverordnetenwahl in Greiffenberg in Schlesien ist vor einigen Wochen ein Herr gewählt worden, der sich zurzeit im Felde befindet. Der „Vote aus dem Riesengebirge“, der dies meldet, fügt dem hinzu: „Nach einer Entscheidung des Ministers des Innern sind einberufene Reservisten, Landwehr- oder



Landsturmmänner auch während des Krieges altia wie paffiv wahlberechtigt." Die „Freiwillige Zeitung“ bemerkt dazu: Die Frage besonders der passiven Wahlberechtigung von Personen, die zum Militärdienst eingezogen sind, hat bei den ordentlichen Stadtvorordnetenwahlen, die im vorigen Spätherbst in vielen Gemeinden stattfanden, eine große Rolle gespielt, da die Meinungen darüber, ob eine Wählbarkeit vorhanden war, bei der Mehrdeutigkeit der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auseinandergingen. Der Ministerialerlass, der nach dem „Voten aus dem Riesengebirge“ die Angelegenheit zugunsten der Wahlberechtigung entscheidet, ist unseres Wissens bisher noch nicht bekanntgegeben worden. Es wäre daher wünschenswert, wenn dies noch nachträglich geschähe.

### Das Pressebezernat im Auswärtigen Amt.

Der Reichstag hat im Etat für das laufende Rechnungsjahr die Mittel bewilligt für eine Umwandlung des bisher bestehenden Presseamtes im Auswärtigen Amt in eine besondere Presse-Abteilung. Diese Umwandlung ist jetzt vollzogen worden. Direktor der neuen Abteilung ist der bisherige Leiter des Presseamtes, Geheimrat Dr. Gammann geworden, dem drei vortragende Räte zur Seite stehen. Das Auswärtige Amt gliedert sich nun in fünf Abteilungen, nämlich in die politische, die Personalabteilung, die handelspolitische, die Rechtsabteilung und die Presseabteilung.

### Neue Aufnahmen der Getreide- und Mehlvorräte.

Die Erhebung der Vorräte von Getreide und Mehl, die angefangen ist, ist nunmehr auf den 9. Mai festgesetzt worden. Die Aufnahme erstreckt sich nach der amtlichen Bekanntmachung auf die landwirtschaftlichen und diejenigen Unternehmen, die solche Vorräte aus Anlaß ihres Handels- und Gewerbetriebs in Gewahrsam haben. Zu ihnen gehören auch alle Bäckereien und verwandte Gewerbe, Warenhäuser, Pferdehandel, Personen- und Frachtfuhrgehalte einschließlich Omnibusbetriebe, Ausspannwirtschaften, Gasthäuser, Fischunternehmungen, Reitanstalten, Zoologische Gärten. Die Aufnahme soll Getreide- und Mehlsorten einschließlich Speis und Dinkel umfassen.

### Ein holländischer Zending im Vatikan.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Reise des Vorstehenden der katholischen Kamerfraktion Dr. Kolens nach Rom wird in der holländischen Presse eifrig diskutiert. Was ist der Zweck dieser Reise? Auch die liberalen Mütter sind darüber verschiedener Meinung. Nach der einen Darstellung soll es sich um Besprechungen über die Wiederherstellung der diplomatischen Vertretung Hollands beim Vatikan handeln. Der Rotterdammer „Raadsbood“ wußte sogar zu berichten, daß Dr. Kolens selbst für den Gesandtenposten in Aussicht genommen sei. Die Amsterdamer „Trib“ widerspricht dieser Meldung und erklärt, daß die Angelegenheit zu delikat sei, als daß darüber jetzt schon eine offizielle Darstellung gegeben werden könne. Zweifellos ist der gegenwärtige Augenblick für die Bemühungen der Katholiken um die Erneuerung der diplomatischen Beziehungen mit der Kurie überaus günstig. Die Rolle, die dem Papst bei der Abnahme des Friedens möglichst rasche Erfüllung gegeben werden könne. Zweifellos ist der gegenwärtige Augenblick für die Bemühungen der Katholiken um die Erneuerung der diplomatischen Beziehungen mit der Kurie überaus günstig. Die Rolle, die dem Papst bei der Abnahme des Friedens möglichst rasche Erfüllung gegeben werden könne.

Nun kann der Standpunkt der holländischen Regierung wohl begreifen. Nächstigen Geschichtsschreibern aber wird die historische Ironie nicht entgehen, die die Staatslenker fortgeschrittener bürgerlicher Demokratien allen „freidenkerischen“ und liberalen Doktrinen zum Trotz dahin führt, das Papsttum als politische Macht wieder zu beschäftigen und so auch seine soziale Macht im europäischen Kulturkreis — im holländischen Fall dürfte man kauernd sagen: nolens volens — zu befestigen. Anatole France hat anderes geschaut, als er noch Zivildienst war und auf dem „weißen Stein“ träumte.

## Der Tabaktrust in Deutschland.

Durch den Uebergang der Aktienmehrheit der Gesellschaft Georg A. Jasmagi Akt.-Ges. in Dresden in die Hände eines Konsortiums deutscher Banken dürfte das Casspiel des amerikanischen Tabaktrustes in Deutschland zu Ende sein. Der Trust ist nicht in England, sondern im Jahre 1890 von James Buchanan Duke in New York mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Dollar gegründet worden. Alle spezifischen Trustpraktiken lassen sich in seiner Geschichte studieren. Die eingebrachten Fabriken hatten nur einen Wert von 8 Millionen Dollar, das Aktienkapital wurde um den doppelten Betrag vergrößert. Die zu erwartende Monopolrente wurde kapitalisiert. Die kleinen Aktionäre wurden größtenteils geschädigt. Im Jahre 1899 lief an der New Yorker Börse das Geschäft um, der Trust machte schlechte Geschäfte. Der Kurs sank von 170 auf 60. Zu diesem Kurse kauften die Trustmagnaten die Aktien, die sie zu weit höherem Preise einem gläubigen Publikum aufgekauft hatten, zurück und steigerten ihren Kurs sprunghaft durch die Ausschüttung einer 20-proz. Dividende und durch Gewährung eines wertvollen Bezugsrechtes. Die Gerüchte von dem schlechten Geschäftsgange waren Lug und Trug gewesen.

Der sich den Geboten des Trusts nicht willig unterwarf, bekam seine harte Faust zu fühlen. Zigarren- und Zigaretten-Fabrikanten, Tabakpflanzer, Arbeiter und Detailisten. Im Jahre 1907 bedrückte der Trust 80 Prozent der gesamten Produktion von Rauch- und Raufabak, 45 Proz. der Zigaretten, 80 Prozent der Zigarren, 75 Prozent der kleinen Zigarren, 15 Prozent der Zigaretten. Eine eigene Organisation, die vom Trust kontrolliert wurde, unterwarf in allen größeren Städten der Union über 1000 Zigarettenläden, wieder eine andere Gesellschaft versorgte die Verkaufsstellen in den Apotheken und Gasthäusern. Die Händler, denen das Zuckerbrot nicht schmecken wollte und die sich durch Rabatte und Prämien nicht zum Anschluß trustfreier Fabrikate bewegen ließen, bekamen die Peitsche zu spüren. Im Jahr hatten sie in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft einen Trustladen, der sie auf Tod und Leben bedrückte. In der „Neuen Zeit“ schrieb Algernon Lee über die Trustpraktiken: „Wenn die Company einem Kleinhändler den Vorschlag macht, sein Geschäft zu übernehmen, so ist es das Beste für ihn, die Offerte samt den gestellten Bedingungen zu akzeptieren, selbst dann, wenn die angebotene Gesamtsumme kaum den Profit eines Jahres erreicht. Tut er das, so hat er Aussicht auf Anstellung als Verkäufer oder selbst Leiter bei mäßigem Gehalt. Weigert er sich aber, so errichtet der Trust in einer Entfernung von nur wenigen Schritten ein Konkurrenzgeschäft, die Waren werden unter dem üblichen Preise abgegeben und nach wenigen Monaten erfolgt der Bankrott des Kleinhändlers als Strafe für seine Halsstarrigkeit.“ Auch die Tabakproduktion sucht sich der Trust zu sichern. Er

Diebstahl fabelhafte Preise, schloß dadurch jedem Wettbewerber aus und läßt dann sein Monopolmonopol in rücksichtsloser Weise aus. Das mußten zu ihrem Schaden die Farmer von Kentucky erfahren, die sich nicht anders als durch Selbsthilfe zu wehren mußten. Sie weigerten sich, dem Trust zu verkaufen und rüsteten Nachtreiter aus, die jeden Streikbrecher rücksichtslos mißhandelten oder gar töteten.

Der Trust hat sich 1900 reorganisiert, ohne seine wirtschaftliche Kraft einzubüßen. Er ist im Jahre 1913 durch gerichtliches Urteil auf Grund der Antitrustgesetzgebung zur Auflösung verurteilt worden, aber es wurde von der letzten Instanz der gerichtlichen Vorinstanz aufgegeben, gemeinsam mit den Vertretern des Trusts eine Form zu finden, in der der Trust „in christlicher Harmonie mit dem Gesetz“ existieren kann.

Ueber das amerikanische Monopol hinaus hat der Trust nach dem Weltmonopol gestrebt und sich dazu vor allem die Vorherrschaft auf dem großbritannischen Markt gesichert. Er zwang die Gegenorganisation der dortigen Fabrikanten, die Imperial Tobacco Company zur Kapitulation, teilte mit ihr das Abgabegbiet auf und gründete mit ihr die British American Tobacco Company, die in den skandinavischen Ländern, Rußland, Belgien, Ägypten, Indien, China, Australien usw. schaffte ist und die durch die Erwerbung des Jasmagi-Konzerns in Deutschland einzudringen versucht hat. Die Aktiengesellschaft Georg A. Jasmagi ist an anderen Zigarettenfabriken beteiligt: „Jofetti“ Neier u. Peters, G. m. b. H., Berlin; „Sulina“ F. L. Wolf, G. m. b. H., Dresden; „Dalia“ Tischbe u. Hensly, G. m. b. H., Dresden; A. Batschart, G. m. b. H., Baden-Baden und Johannes A. Jasmagi, Dresden.

Das Jasmagi-Konzern war an der gesamten deutschen Zigarettenfabrikation mit 23 Proz. beteiligt. Während die Georg A. Jasmagi-Gesellschaft 1912 eine Dividende von 22 und 1913 von 16 Proz. ausschüttete, schloß das Jahr 1914 nach Aufzehrung von 540 000 M. Reserven mit 1 Million Mark Unterbilanz ab. Wenn daher das Bankenkonzern die Aktien auch unter pari gekauft hat, so wird es damit doch dem Trust eine Last von den Schulden genommen haben.

In ihrer Mitteilung rechtfertigen die Banken den Kauf mit philanthropischen Motiven. Die kleinen und mittleren Fabrikanten in Deutschland werden nun nicht mehr unter dem bösen Trust leiden. Möglich, daß das Guttscheinssystem eingeschränkt wird, das der Trust auch in Deutschland ausgebildet hat und das sogar zu Protesten der Dresdener Handelskammer führte. Er gewährte nämlich nicht nur Kaufunterschieden für einen bestimmten Konsum, sondern auch so praktische Gegenstände, wie Klappstühle, Sächer, Messer und andere Metallwaren, Fahrräder, Uhrketten, Stahluhren, Seidenlisten usw. Das Kaiserbeispiel bietet das Inferat, das „eine goldene Uhr gratis und franko“ dem passionierten Raucher verspricht, der in vier Jahren 134 000 Lucca-Zigaretten in die Luft bläst. Sieht man näher zu, so entfällt auf den Tag eine Quantität von 100 Zigaretten. Wer also eine goldene Uhr gratis und franko haben will, scheitert entweder an der Unmöglichkeit, 100 Zigaretten täglich in die Luft zu blasen oder er muß Lucca-Zigaretten bei Freunden und Bekannten vertreiben, um sich die Anzahl der notwendigen Coupons zu sichern. Die Leistungsfähigkeit der Trustfabriken und die Kapitalkraft des Konsortiums, das sie übernommen hat, werden aber alles andere, als den Wettbewerb für die kleineren Fabrikanten mildern, die jetzt nicht einmal das nationale Bewußtsein zu einem Kreuzzug gegen die Trustzigaretten mobilisieren können. Auch die Beklamme wird bleiben, die ein Lebenselement der Zigarettenindustrie geworden ist und die ungefähr 20 Proz. der Geschäftskosten ausmacht. Der Kauf des Jasmagi-Konzerns durch die deutsche Bankengruppe ist also ein Geschäft und weiter nichts.

## Wirkungen des Krieges auf die Finanzen.

Ugo Ancona gibt im „Giornale d'Italia“ vom 20. April der Meinung Ausdruck, daß der Krieg bedeutende Veränderungen auf der Karte Europas und in der Verteilung der Kolonien bringen, daß aber keine Partei eine größere Kriegsschadigung erhalten werde. Sunat hat im Dezemberbericht der amerikanischen „Century“ die Kriegskosten der Völker in sechs Monaten auf 196 Milliarden berechnet, wobei der Anfall der Produktion und der Verlust an Menschenleben mit in Rechnung gestellt sind. Ancona beklagt vor allem den unersehbaren Verlust an menschlichen Arbeitskräften, der schwerer wiege als der Geldverlust. Infolge des Krieges steigt der Wert des Geldes, das sich statt zu 3,50 jetzt schon zu 5 und mehr Prozent verzinst. Hierunter leiden die Arbeiter und die Kapitalisten, die ihr Geld in Renten angelegt haben, während die in Bildung begriffenen Vermögen daraus Vorteile ziehen.

Eine andere Folge des Krieges ist die stärkere wirtschaftliche Abschließung der einzelnen Nationen, die für die Ernährung ihrer Länder möglichst durch nationale Erzeugnisse zu sorgen suchen. So mühte z. B. Italien die Getreideernte vermehren, den Kostenverbrauch mindern. Die finanziellen Folgen des Krieges sind sehr schwer. Ueberall hat man in Europa den Anlauf des Papiergeldes verstärkt. Gold zirkuliert nur noch in England. In Deutschland wurde durch den Patriotismus das Gold der Reichsbank zugewandt. In anderen Ländern ist es den Banken zugeflossen, oder versteckt sich in englischen Privathänden, die weniger patriotisch als die Deutschen sind. Trotz Stärkung der Goldreserven hat der Notenumlauf so zugenommen, daß die Wechselkurse namentlich in Deutschland, Oesterreich und Italien erheblich erhöht sind.

Die Liquidation aller durch den Krieg entstandenen provisorischen Finanzmechanismen kann nur auf zwei Wegen erfolgen: 1. durch starke Vermehrung der Staatsschuld, 2. durch starke Vermehrung der Steuern.

Vor dem Krieg stellte sich das Verhältnis der Staatsschuld zu dem nationalen Reichtum in den Ländern folgendermaßen dar:

Italien	17,05 Proz.
Oesterreich-Ungarn	14, —
Rußland	13, —
Frankreich	8, —
Deutschland	6, —
England	5, —

Hiernach können England und Deutschland eine nennenswerte Vermehrung der Staatsschuld ertragen. Auch bei einer Vermehrung von 15—20 Milliarden würde hier die Staatsschuld im Verhältnis zum nationalen Reichtum noch nicht dieselbe Stufe erreichen, auf der Oesterreich und Italien schon vor dem Kriege standen. Trotzdem erscheint das ständige allgemeine Steigen der Schuldenlast verhängnisvoll. Seine Folge ist die Vermehrung der Steuern. Nur England mit seinem konzentrierten Reichtum hat schon jetzt die Steuern erheblich vermehrt. Die anderen kriegsführenden Nationen, die mehr als England unter der Steuerlast leiden, beschränken sich darauf, Schulden zu machen und überlassen die Frage der Amortisation der Zukunft.

Der Steuerdruck ist vor allem durch die Militärausgaben hervorgerufen. Dies veranschaulicht die folgende Tabelle:

	Jahr 1914	für Heer	für Flotte	Gesamtsumme
Deutschland	2213	596	2809	
Rußland	1625	676	2301	
Frankreich	938	625	1563	
England	738	1315	2053	
Oesterreich-Ungarn	725	189	914	
Vereinigte Staaten	500	763	1263	
Italien	462	325	787	
Japan	244	256	500	

Diese Ziffern spiegeln das Uebergewicht des deutschen über alle anderen Heere wieder.

### Militärausgaben auf den Kopf der Bevölkerung und Jahr

England	11,25 Lire
Frankreich	37,50
Deutschland	27,50
Italien	19,50
Oesterreich-Ungarn	15, —
Rußland	13,75
Vereinigte Staaten	13,15
Japan	9,40

Eine Verminderung dieser Militärausgaben bildet die einzige Möglichkeit, die neuen Schulden zu decken, ohne Vermehrung der Steuern, die das wirtschaftliche Leben ersticken. Trotz alledem wird man auch die indirekten Steuern, die namentlich die Armen belasten, anziehen müssen, und die Folge wird eine allgemeine Depression in der Lebensführung sein. Das sind die weittragenden finanziellen Ergebnisse dieses Krieges!

Vorausagen sind nicht möglich. Dieser Krieg hat alle Prophezeien Lügen gestraft. So hielt man den Ausdruck eines heroischen Krieges für unentbehrlich, glaubte an eine kurze Dauer des Krieges, an eine Erhebung der Sozialisten, an ein Verlögen des Zusammenhalts des britischen Weltreichs, an militärische Stärke und geistige Besiegung Frankreichs, das sich nun umgekehrt militärisch schwach, aber seelisch hart und einmütig zeigt, an eine finanzielle Schwäche Deutschlands, das gerade auf diesem Gebiete sich sehr stark erweist.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

#### In der Sammlung „Mächte des Weltkrieges“

die die Buchhandlung Vorwärts herausgibt, ist jetzt das 8. Heft zur Ausgabe gelangt. Es beschäftigt sich mit Oesterreich-Ungarn.

Die Schrift befaßt sich vornehmlich mit folgenden Gebieten: Geschichtliche und Geographische — Der Staat Oesterreich — Der Staat Ungarn — Aroanen — Völkner-Perzeogowina — Die Thronfolge — Volkswirtschaftliches — Arbeiterbewegung. Der Broschüre ist eine Karte Oesterreich-Ungarns und der angrenzenden Bezirke beigegeben. Der Preis beträgt 75 Pf. Die Vereinstausgabe kostet 30 Pf. Vorrätig halten die Schrift alle Buchhandlungen. In diesen sind auch die früher erschienenen Hefte dieser Serie (Das Jarenreich, Türkei und Ägypten) zum gleichen Preise zu haben.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Verhältnisse der Eisen-, Metall- und Revolverdreher haben durch den Krieg eine totale Umwälzung erfahren. Nach Kriegsausbruch hatte sich vieler Unternehmer eine große Kapitalarbeit bemächtigt. Im August meldeten sich auf dem Bureau des Metallarbeiterverbandes 1251 Dreher als arbeitslos. Die Gesamtzahl der im August eingetragenen Verbandemitglieder umfaßte 16 000; da die Dreherbranche etwa den zehnten Teil umfaßt, so waren also unter den Eingetragenen etwa 1800 Dreher. Es waren demnach zusammen über 3000 Dreher, die die Maschinen verlassen mußten, etwa 85 Proz. der in Berlin beschäftigten. Andere hatten weniger zu tun, so daß im Dreherberuf nach Ausbruch des Krieges die Produktion auf etwa die Hälfte eingeschränkt wurde. Nachdem die Militärbehörden ihre Aufträge erteilt hatten, wurde das anders. Es kam eine Hochkonjunktur im Berufe. Die Arbeitslosigkeit hörte auf, und es entstand ein Drehermangel. Die Unternehmer verstanden es, ihre Betriebe der neuen Situation anzupassen. Bei einer Umfrage vom Januar dieses Jahres wurde aus 96 Betrieben mitgeteilt, daß darin zusammen 1133 neue Maschinen nur für Dreherarbeiten allein während des Krieges eingestellt worden waren. Und diese Reststellung umfaßte nur zwei Drittel sämtlicher Betriebe Groß-Berlins. Ein Betrieb allein hatte bis zum Januar 102 neue Revolverdrehbänke eingestellt. Nicht im selben Maße wie die Unternehmer haben die Dreher sich die neuen Verhältnisse zunutze zu machen gewußt, trotz der allgemeinen Erhöhung der Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel. Nur in wenigen Betrieben haben sie Forderungen gestellt. Wenn dennoch ein höheres Entkommen festzustellen ist, dann hat das andere Ursachen. Es ist zum Teil die Wirkung des Verhältnisses zwischen Angebot von Arbeitskräften und von Nachfrage danach. Je weiter die Nachfrage nach Arbeitskräften liegt, um so mehr haben die Unternehmer sich gezwungen, durch Angebot höherer Löhne die Arbeitskräfte an sich zu ziehen. Andererseits hat eine außerordentlich gesteigerte Intensität der Arbeit Platz gegriffen, die auf die Tour nicht möglich ist.

Die bekannte Verfügung der Feldzeugmeisterei, die eine Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter bewirkte, ist inwieweit durch Einsetzung des Kriegsausschusses bedeutend gemildert worden. Der damals von Unternehmern erhobene Vorwurf, daß unberechtigte Forderungen seitens der Arbeiter erhoben seien, wird durch die im Januar von den Dreheren aufgenommene Statistik widerlegt. Sie umfaßt 108 Betriebe resp. Abteilungen. In diesen waren 7469 Personen, darunter 689 weibliche, an Drehbänken und sonstigen Drehwerken beschäftigt. In 23 dieser Betriebe war der Verdienst bis Januar noch nicht getiegen. In 92 Betrieben erhöhte sich der Verdienst ohne jede Anford. oder Lohnpreiserhöhung lediglich infolge der gesteigerten Intensität der Arbeitsleistung, und zwar in 11 Betrieben um 5 Proz., in 13 Betrieben um 10 Proz., in 5 Betrieben um 15 Proz., in 12 Betrieben um 20 Proz., und in 11 Betrieben um über 20 Proz. In den übrigen 76 Betrieben waren Lohnzulagen und Affordzulagen erfolgt. Davon in 8 Betrieben bis 5 Proz., in 43 Betrieben bis 10 Proz., in 6 Betrieben bis 15 Proz., und in 9 Betrieben über 15 Proz. In 45 von diesen 76 Betrieben liegt der Verdienst in der Höhe der erhaltenen Aufbesserungen, während in 31 Betrieben sich der Verdienst über die erhaltenen Aufbesserungen hinaus durch intensive Arbeitsleistung noch erhöhte. Und zwar in 5 Betrieben um 5 Proz., in 13 Betrieben um 10 Proz., in 13 Betrieben bis 15 Proz., 13 Betriebe gewährten einen Kriegszuschlag von 5 Proz. und 10 Proz. Also nur in der Hälfte der von der Statistik umfaßten Betriebe konnte ein Entgegenkommen der Unternehmer festzustellen werden. In berücksichtigten ist, daß das eine Drittel der Groß-Berliner Betriebe, aus denen keine Angaben kamen, sicherlich keine Aufbesserung seitens der Unternehmer zu verzeichnen hatte. — Nur 10 1/2 Proz. der erfahrenen Betriebe hatten über 10 Proz. Zulage erhalten. Diese Zahlen beweisen, daß von unberechtigten Forderungen der Dreher nicht gesprochen werden kann.

Wenn hier und da auf besonders hohe Verdienste hingewiesen wird, dann muß gefragt werden, welche Stundenzahl die Arbeitszeit umfaßt. 15 Betriebe hatten noch die Stundenzahl und 10 die neunständige Arbeitszeit. In einem Betriebe wurde die Schicht von 8 auf 8 Stunden gesetzt. In 5 Betrieben dagegen wurde die Ar-



beitszeit von 8 bis 8½ Stunden auf 10 bis 10¼ Stunden erhöht, in 6 Betrieben von 8 bis 8¾ Stunden auf 12 Stunden, in 16 Betrieben von 9 bis 9¼ Stunden auf 10 und 10½ Stunden und in 55 Betrieben von 9 auf 12 Stunden.

Sonntagsarbeit wurde in 87 Betrieben eingeführt. Sie betrug in 29 Betrieben zwischen 4 und 6½ Stunden, in 41 Betrieben 7 und 8 Stunden und in 15 Betrieben 9 bis 12 Stunden. An Zuschlägen für Sonntagsarbeit wurden gezahlt in 4 Betrieben 10 Proz., in 11 Betrieben 20 Proz., in 37 Betrieben 25 Proz., in 4 Betrieben 30 Proz., in 10 Betrieben 50 Proz., in einem Betriebe 75 Proz. — In verschiedenen Betrieben wurde der Zuschlag in festen Beträgen gezahlt, in drei Betrieben in Form von Prämien nach der Stundenzahl.

Die Leberstunden wurden in 87 Betrieben mit einem Zuschlag bezahlt. Er betrug in 14 Betrieben 10 Proz., in 3 Betrieben 15 Proz., in 51 Betrieben 25 Proz., in einem Betriebe 30 Proz., in 2 Betrieben 50 Proz. Vier Betriebe zahlten Prämien nach der geleisteten Stundenzahl.

Über 1000 Mädchen und Frauen sind gegenwärtig an Drehbänken und sonstigen Drehwerken tätig, bei Schichten von 8 und 9 bis zu 12 Stunden. In einzelnen Betrieben haben Arbeiterinnen schon von morgens 7 Uhr bis nachts 11 Uhr arbeiten müssen.

Am Januar wurden 2054 Arbeiter ermittelt, die vor Ausbruch des Krieges in anderen Berufen tätig waren, obwohl die Statistik nur diejenige der im Jahre kommenden Groß-Berliner Betriebe umfaßt. Seltener waren im Januar zusammen über 4000 Personen aus anderen Berufen zum Dreherberuf übergegangen. Jetzt sind es mindestens 5000.

Als Vorkursenleiter wählte nach der durch Müller gegebenen Berichterstattung über die Entwicklung der Branche vom 21. April 1914 bis jetzt eine Branchenversammlung den Kollegen Doh.

Die Lage der Vergolder ist jetzt eine günstige. Wie in der letzten Branchenversammlung berichtet wurde, herrscht in der Leistenfabrikation gegenwärtig eine recht günstige Konjunktur und infolgedessen lebhaft Nachfrage nach Vergoldern und Farbigmachern. Da aber in der Zeit des schlechtesten Geschäftsganges, der bis vor kurzem herrschte, ein großer Teil der Vergolder in verschiedenen Zweigen der Kriegsindustrie Arbeit gefunden hat, so kann der Arbeitsnachweis die Nachfrage nach Vergoldern nicht immer decken. Das ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß bei Anfertigung von Feerbedarf im allgemeinen erheblich höhere Löhne verdient werden, als die Vergolder in den Leistenfabriken erhalten. Für die Rückkehr der anderweitig beschäftigten Vergolder zu ihrem Beruf ist also kein Anlaß gegeben. In den Leistenfabriken werden häufig Leberstunden gemacht. Das ließe sich vermeiden, denn es gibt schon noch arbeitslose Vergolder genug; aber sie wenden sich nicht alle an den Arbeitsnachweis, sondern versuchen unter der Hand Arbeit zu bekommen. Um eine vernünftige Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen, ist es notwendig, daß keine Leberstunden gemacht werden und jeder arbeitslose Vergolder sich an den Arbeitsnachweis wendet.

### Deutsches Reich.

Die Zahl der Eingezogenen im Zimmererverbände, die am 31. August des Vorjahres 35 Proz. der Verbandsmitglieder betrug, hatte sich bis zum 16. Januar bereits auf 43 Proz. erhöht, am 27. März betrug sie 46 Proz. und gegenwärtig verrichten mehr als die Hälfte aller Verbandsmitglieder Kriegsdienste. Von 51 386 Mitgliedern stehen 25 225 im Felde.

Verbandsauschuß und Zentralvorstand des Zimmererverbandes sind deshalb der Frage nähergetreten, ob auch jenen Familien eine Unterstützung gewährt werden könnte, deren Ernährer erst nach dem 1. Januar eingezogen wurden, und ob den Familien der bereits früher eingezogenen Kameraden eine abermalige Unterstützung zugebilligt werden könnte. Beide Körperschaften waren sich darin einig, daß weder die erheben noch die letzteren ausgeschaltet werden könnten, da gerade bei den früher Eingezogenen heute schon sicher eine große Not vorhanden sein müßte.

Verbandsauschuß und Zentralvorstand beschlossen deshalb, trotz einiger Bedenken — weil für diese Zwecke bereits nahezu 200 000 M. ausgegeben sind und durch eine nochmalige Unterstützung die Summe von 330 000 bis 340 000 M. erreicht werden würde — eine abermalige Unterstützung an alle Familien der eingezogenen Mitglieder auszugeben. Diese Unterstützung soll den Familien ausgehändigt werden in der Zeit vom 15. Mai bis zum 1. Juni. Die Höhe der Unterstützung ist dieselbe wie im Oktober und Dezember; sie beträgt je nach der Arbeitslosenunterstützungsklasse: 6 M., 7 M. und 8 M. Vorbedingung für diese Unterstützung ist, daß das betreffende Mitglied bei seiner Einberufung zur Arbeitslosenunterstützung berechtigt war, das heißt mindestens 60 Wochenbeiträge geleistet hat und die Beiträge bis zur Einberufung zum Militär nicht über die statistische Frist schuldete. Falls diese Vorbedingungen erfüllt sind, kann jene Unterstützung ausgezahlt werden an alle Familien, deren Ernährer bereits eingezogen sind oder bis zum 1. Juni eingezogen werden. Hierzu gehören auch diejenigen Mitglieder, die nachweislich den Vater oder die Mutter oder gar beide miternährt haben. Ferner auch alle berechtigten Frauen, deren Männer bereits gefallen sind.

Die Arbeitslosigkeit der Schiffszimmerer ist andauernd zurückgegangen und zuletzt geringer als in Friedenszeiten. Der Verband der Schiffszimmerer hat deswegen beschlossen, die Notstandsmaßnahmen aufzugeben und vom 3. Mai ab wieder Kranken-, Arbeitslosen-, Anzugs- und Sterbeunterstützung zu zahlen. Nur die Streikunterstützung wird des „Burgfriedens“ wegen auch nach dem 3. Mai noch nicht gezahlt. Das Verbandsorgan soll vom 21. April an wieder regelmäßig alle 14 Tage erscheinen.

### Ausland.

#### Eine sozialdemokratische Lehrgewerkschaft.

In Bulgarien dürfen auch die beamteten Lehrer sich frei zur Sozialdemokratie bekennen und der Staat gerät dadurch keineswegs ins Wanken. Die Zentralgewerkschaft der bulgarischen Lehrer, die zu der Parteirichtung der sogenannten „Engländer“ gehört, besteht zurzeit aus 50 Ortsgruppen mit zusammen 930 Mitgliedern. Die Gewerkschaft und die Ortsgruppen entwickeln eine rege Veramtlungs- und Aufklärungsstätigkeit, wobei sie Hand in Hand und in enger Rührung mit den Organisationen der Partei arbeiten und an allen Aktionen der letzteren teilnehmen. Im letzten Halbjahr wurden von der Lehrgewerkschaft 56 öffentliche Versammlungen abgehalten, 183 Aufklärungsvorträge sowie 62 Vorlesungen in kleinen Kreisen veranstaltet. Das Verbandsorgan hatte 1925 zahlende Abonnenten. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hatte unter den Mitgliedern der Lehrgewerkschaft 537 Abonnenten. Das wissenschaftliche Organ der Partei wurde von 372 Mitgliedern abonniert. Die Einnahmen der Zentralkasse im letzten Halbjahr betrugen 16 106 fr.

#### Eine Gewerkschaft der Offiziere.

Schon früher ist darauf hingewiesen worden, daß die holländischen Matrosen der Kriegsmarine eine sehr große Fackervereinigung haben, welche in lebhaftem Verkehr mit den anderen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei steht. Auch die sog. „Aufseherkassen“ der holländischen Armee (Korporal und Sergeanten), das heißt die Angehörigen der niedrigeren Chargen, besitzen eine Fackervereinigung, welche einige Tausend Mitglieder zählt. Nach sehr langen Vorbereitungen, welche zu unzähligen Zeitungs polemiken führten, weil die Tagespresse meinte, es wäre großer Unfug etwas Derartiges zu tun, haben jetzt auch die Offiziere der indischen Armee eine Gewerkschaft gegründet, um für ihre Interessen zu kämpfen. Schon sind Offiziere aller Chargen und Rassen als Mitglieder beigetreten. Die Proletarier haben ihnen den richtigen Weg gewiesen.

## Aus Industrie und Handel.

### Wirtschaftsausschuß für Belgien.

Brüssel, 27. April. (W. T. V.) Der Generalgouverneur hat für den besetzten Teil Belgiens einen Wirtschaftsausschuß eingesetzt, der die das wirtschaftliche Leben Belgiens berührenden Fragen berät, einheitliche Gesichtspunkte für ihre Behandlung aufstellen und Vorschläge zu bestimmten Maßnahmen machen soll. Das Arbeitsgebiet des Ausschusses soll vornehmlich Fragen der Ein- und Ausfuhr, den Beschäftigungsausgleich in der Arbeit, den Gütertarif und sonstige Verkehrsfragen, Zollfragen, die Versorgung mit Öls- und Kohstoffen und die Frage der Schaffung von Absatzmöglichkeiten umfassen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Chef der Zivilverwaltung. Er setzt sich im übrigen aus Vertretern folgender Abteilungen des Generalgouvernements zusammen: der Zivilverwaltung, der politischen Abteilung, der Bankabteilung, der Kriegs- und Kohstoffkommission, der Eisenbahnverwaltung, des Stabes des Generalgouvernements und der Armeedirektion. Er hat das Recht, bei der Beratung bestimmter Fragen Sachverständige oder Interessenten aus dem deutschen oder belgischen Wirtschaftsleben heranzuziehen.

### Amerika als Geldgeber Griechenlands.

Athen, 27. April. (W. T. V.) Die die „Efsia“ meldet, hat die griechische Regierung mit einer amerikanischen Kapitalistengruppe Verhandlungen über den Abschluß einer Anleihe von 55 Millionen Drachmen begonnen.

### Starke Nachfrage für Eisen.

In der Hauptversammlung des Roheisenverbandes wurde seitens der Verbandsleitung über die Geschäftslage berichtet: Obwohl die Erzeugung in Qualitätshöhen im März eine nennenswerte Erhöhung erfuhr, reicht dieselbe nicht aus, um der starken Nachfrage zu entsprechen. Sowohl von den Eisereien, wie auch von den Martinwerken wurden für das zweite Quartal erhebliche Roheisenmengen angefordert. Die Anforderungen der Abnehmer übersteigen in vielen Fällen den normalen Bedarf in Friedenszeiten ganz erheblich. Infolge des starken Inlandsbedarfs wurden Verläufe nach dem Ausland nicht abgeschlossen. Das Geschäft in phosphorhaltigen (Luzemburger) Roheisenarten liegt befriedigend, da einerseits die Inlandsabnehmer erhebliche Mengen kauften und andererseits auch vom Auslande regelmäßig Aufträge eingingen. Der Verkauf im März betrug 61,74 Proz. der Beteiligung. Im April hielt sich der Verkauf bisher auf ungefähr der gleichen Höhe.

## Soziales.

### Reichsausschuß für Kriegsberleienfürsorge.

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise hat in seiner in Berlin stattgehabten Ausschußsitzung eingehend über die Mitwirkung der öffentlichen Arbeitsnachweise bei der Kriegsberleienfürsorge beraten und beschlossen, unverzüglich an den Reichsausschuß einen Antrag auf Errichtung eines Reichsausschusses für Kriegsberleienfürsorge zu richten. In der anschließenden Plenarversammlung des Verbandes wurde die Auflösung des bisherigen Reichsausschusses beschlossen, welcher sich in einer Sitzung sämtlicher öffentlichen Arbeitsnachweisverbände der Deutschen Reiches sofort neu konstituierte. Der neue Verband führt gleichfalls den Namen „Verband Deutscher Arbeitsnachweise“ und schließt alle öffentlichen Arbeitsnachweisverbände zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der bisherige langjährige Vorsitzende Landesrat Dr. Freund-Berlin wiedergewählt. Es wurden ferner in den Vorständen folgende Verbände gewählt: Königreich Bayern (Rechtsrat Freiberger von Freudenberg), Königreich Württemberg (Gemeinderat Klein), Königreich Sachsen (Gemeiner Hofrat Professor Dr. Strieda), Thüringische Staaten (Gemeiner Staatsrat Ullrich), Rheinprovinz (Landesrat Dr. Schellmann), Mitteldeutsche Staaten (Stadtarzt Dr. Rieck), Sachsen-Anhalt (Oberpräsidialrat Trener), Rommern (Landeshauptmann von Eisenhart-Rothe).

### Abweisung der Vertragsstrafklage einer Kassenvereinigung.

Das Reichsgericht hat am Freitag eine für Kassen grundsätzlich wichtige Auslegung der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Kassenverbände getroffen. Hierzu hat die Kommission von fünf Mitgliedern gewählt und diese bevollmächtigt, zur Versorgung ihrer Kassennmitglieder mit Ärzten rechtsverbindliche Verträge abzuschließen. Kraft dieser Vollmacht verpflichtete die Kommission drei Ärzte, unter diesen den praktischen Arzt Dr. med. Lang in Berlin. Laut des mit diesem unterm 4. November abgeschlossenen Vertrags wurde Dr. L. für die Zeit ab 1. Januar 1914 auf die Dauer von fünf Jahren als Kassenarzt mit Wohnsitz in Elbing bei einem garantierten Jahresentlohn von 10 000 M. verpflichtet. In § 13 des Vertrags wurde für den Fall, daß Dr. L. die übernommene Verpflichtung nicht erfüllt oder vorzeitig vom Vertrage zurücktritt, für jedes nicht beendete Vertragsjahr eine Vertragsstrafe von 5000 M. vereinbart. Veranlaßt durch den Leipziger Ärzteverband übernahm jedoch Dr. L. seine Tätigkeit in Elbing überhaupt nicht, siedelte auch nicht nach Elbing über, obwohl er dort bereits eine Wohnung gemietet hatte, und teilte am 29. Dezember 1913 den Kassen mit, daß er vom Vertrage zurückträte und seine Verpflichtung nicht erfüllen werde.

Die Kassen hatten daraufhin gegen Dr. L. Klage auf Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 25 000 M. für die fünf Vertragsjahre angebracht.

Der Beklagte hatte dagegen unter anderem geltend gemacht, daß in Gemäßheit der Bestimmungen der §§ 403, 407 Ziffer 2 und 414 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 die Kassen überhaupt nicht berechtigt gewesen seien, den in Frage stehenden Vertrag mit ihm zu schließen. Denn nach § 403 könnten zwar Krankenkassen sich durch übereinstimmenden Beschluß ihrer Ausschüsse zu einem Kassenverbände vereinigen, wenn sie ihren Sitz im Bezirk desselben Versicherungsamtes haben, und könnten als solche die in § 407 näher bezeichneten Aufgaben gemeinsam übernehmen, zu denen nach Ziffer 2 desselben Paragraphen der Abschluß von Verträgen mit Ärzten gehöre. Nach § 414 Satz 2 jedoch dürften Kassenvereinigungen anderer Art, die den allgemeinen Moden der Krankenhilfe dienen, sogenannte „Freie Kassenvereinigungen“, einzeln oder in § 407 näher bezeichneten Aufgaben nur mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde übernehmen. Eine derartige Genehmigung hätten die Kassen nicht, die als sogenannte „Freie Vereinigung“ anzusehen seien, aber nicht gehabt. Der mit ihm geschlossene Vertrag verstoße als gegen ein gesetzliches Verbot und sei deshalb nichtig.

Das Landgericht Elbing und das Oberlandesgericht Marienwerder haben am 7. April bzw. 11. Juli dem Klageanspruch gemäß den Beklagten zur Zahlung der 25 000 M. Vertragsstrafe verurteilt. Das Berufungsgericht hat zur Begründung ausgeführt: Es sei zu unterscheiden zwischen „Kassenverbänden“ und „Kassenvereinigungen anderer Art“. Die Kassen hätten lediglich den gleichen Arzt durch einen gemeinschaftlichen Vertrag gemeinschaftlich angezogen. Dies aber sei weder durch § 414 Satz 2, noch durch § 407 M. V. O. verboten. Die Bestimmungen der §§ 407 und 411 schloßen eine Befugnis der Krankenkassen zur gemeinschaftlichen Anstellung eines Kassenarztes ohne Bildung eines Kassenverbandes und ohne Hebertragung der Anstellung auf einen Kassenvereinigung nicht aus. Aus diesen Bestimmungen sei daher auch nicht zu folgern, daß Krankenkassen zur gemeinschaftlichen Anstellung des gleichen Kassenarztes der Genehmigung des Landesversicherungsamtes oder der obersten Verwaltungsbehörde bedürfen.

Gegen das Urteil hatte der Beklagte das Reichsgericht als Revisionsinstanz angerufen. Dieses teilte die Ansicht der Vorinstanz hinsichtlich der Berechtigung zum Abschluß des Vertrages ohne Genehmigung nicht. Der Vertrag sei also rechtmäßig und begründe keinerlei Rechte auf Einberufung der Vertragsstrafe. Das Reichsgericht hob deshalb das Urteil des Oberlandesgerichts auf und wies die Klage ab. (Aktenzeichen 3. 186/11.)

### Kriegsarbeit und Lehrlingsausbildung.

Um die Frage, inwieweit ein infolge des Krieges entlassener Lehrling Entschädigung verlangen kann, drehte sich ein gestern vor dem Gewerbegericht verhandelter Rechtsstreit.

Der Elektromechaniker Grunde unterhält eine Werkstatt, in der sonst elektromechanische Apparate angefertigt wurden. Diese Arbeit geriet beim Ausbruch des Krieges fast völlig ins Stocken. Deshalb ging Grunde zur Anfertigung von Kriegsarbeit, nämlich Zündkerzen, über. Er beschäftigte damit 8 Arbeiterinnen, 5 Lehrlinge und einen jungen Gesellen, der erst vor kurzem ausgereizt hatte. Die Lehrlinge mußten außer der täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden noch jeden Tag zwei Leberstunden machen. Vom Besuch der Fortbildungsschule sind die Lehrlinge wegen dringender Arbeit auf Grundes Antrag dispensiert worden. Eine regelmäßige Vergütung für die Leberstunden gab es nicht. Die Lehrlinge erhielten nur einmal 2 M., einmal 3 M. und zu Weihnachten 4 M. als Entgelt für die seit Anfang Oktober geleisteten Leberstunden.

Einer der Lehrlinge, der nach dem Vertrage 4 Jahre ohne jede Entschädigung lernen sollte, ging auf Verlangen seines Vaters nicht mehr zur Arbeit. Der Lehrling klagte beim Gewerbegericht auf Aufhebung des Lehrverhältnisses, Zahlung einer Entschädigung von 100 M. und einer weiteren Entschädigung von wöchentlich 8 M. für die Zeit, wo der Beklagte dem Lehrling nach dessen Austritt das Arbeitsbuch vorenthalten hat. Die Klage wird damit begründet, daß die Anfertigung von Zündkerzen keine Arbeit sei, bei der ein Lehrling in der Elektromechanik ausgebildet werden könne. Auch im übrigen könne von einer Ausbildung keine Rede sein, da sich der Beklagte fast gar nicht um die Lehrlinge kümmerte und der einzige in der Werkstatt beschäftigte, noch dazu sehr junge Geselle nicht imstande sei, fünf Lehrlinge anzuleiten. Mit solchen Arbeiten, wie sie während des Krieges bei Grunde angefertigt wurden, hätte ein Arbeitsbursche 12 M. wöchentlich verdienen können.

Der Beklagte erhob Widerklage. Auch er beantragte Aufhebung des Lehrverhältnisses und will eine Entschädigung von 100 M. vom Kläger haben.

Da beide Parteien in der Auflösung des Lehrvertrages einig sind, so hatte das Gericht nur über die Entschädigungsansprüche zu befinden. Die Kammer 5 sprach dem Kläger für die Zeit, wo ihm der Beklagte das Arbeitsbuch vorenthalten hatte, eine Entschädigung von 5 M. pro Woche zu und wies die weiteren Entschädigungsansprüche beider Parteien ab mit der Begründung: Von einer ordnungsmäßigen Ausbildung des Lehrlings könne keine Rede sein, denn das Fortlernen von Granatzündern sei keine in das Fach der Elektromechanik einschlagende Arbeit. Aber es sei nicht die Schuld des Beklagten, daß er während des Krieges keine Möglichkeit hatte, den Lehrling mit elektromechanischen Arbeiten zu beschäftigen. Diese Arbeiten seien ihm durch den Krieg entzogen worden. Der Beklagte sei also durch eine höhere Gewalt, den Krieg, an der Erfüllung einer Vertragspflicht gehindert worden. Deshalb könne keine der Parteien Schadenersatz wegen Aufhebung des Lehrverhältnisses beanspruchen.

## Gerichtszeitung.

### Betrug bei Arbeitslosenunterstützung.

Ein Betrug gegen eine staatliche Unterstützungscommission führte gestern den Arbeiter Paul Woll vor den Strafrichter.

Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte, der Vater von fünf Kindern ist, längere Zeit hindurch von einer der staatlichen Unterstützungscommissionen die Arbeitslosenunterstützung von 14 M. wöchentlich erhalten. Später stellte es sich heraus, daß W. sich diese Unterstützung auch noch hätte ausgeben lassen, als er längst Arbeit bei einer Baufirma gefunden hatte und 3 M. pro Tag verdiente. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig und hat um eine milde Strafe, da er mit seinen fünf Kindern während er arbeitslos war, Schulden habe machen müssen, die er erst habe abzahlen wollen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 11 Tagen Gefängnis.

### Der Stellvertreter im Gefängnis.

Weil er seine Kriegsarbeit als Granatendreher nicht verlieren wollte, hat der Fräier Hermann Ertel aus Neukölln zu einer Tat Zuflucht genommen, die ihn gestern in Gemeinschaft mit seinem Bruder August E. vor das Schwurgericht des Landgerichts III führte.

Die Anklage lautete auf schwere intellektuelle Urkundenfälschung beim gegen Hermann E. auf Anklage hierzu. Der Angeklagte Hermann E. war im November v. J. von der Strafkammer des Landgerichts I wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt worden. Als er den Befehl zum Eintritt der Strafe in der Strafanstalt Tegel erhielt, kam ihm der Straftritt recht ungelogen. Er hatte nämlich als Fräier auf bezahlte Kriegsarbeit zu verdienen pro Woche 80 M. Um diese Arbeit nicht aufgeben zu müssen, veranlaßte er seinen jetzt mitangeklagten Bruder, der seinerzeit ohne Arbeit war und sich mit seiner Familie in Not befand, seine Stelle einzunehmen und sich statt seiner mit dem Strafaustrittsbefehl in Tegel zu melden. Der Bruder ließ sich 50 M. zahlen und brummte als Stellvertreter einen Teil der Strafe ab. Zu der völligen Verbüßung kam es nicht, da der Schwindler tugendlos erkrankte. Da es sich um eine gegen Bezahlung bewirkte Fälschung eines öffentlichen Regisers, des Gefangenenbuchs in Tegel, handelte, kam die Sache an das Schwurgericht. Die Geschworenen billigten den Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete gegen Hermann E. auf vier Monate und gegen August E. auf zwei Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

### 3 Tage Gefängnis für 2 Schnäpser.

Gegen Vergehen gegen das Preussische Belagerungsgesetz hat das Landgericht Aurich am 25. Januar einen Gastwirt in Großheide und dessen Haushälterin zu je 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hatte der kommandierende General des 10. Armeekorps am 25. November v. J. für die Dauer des gegenwärtigen Krieges für den Bereich des 10. Armeekorps den Branntweinabsatz und den Weinhandel mit Branntwein verboten. Diese Verfügung trat am 1. Dezember in Kraft. Am 2. Dezember kam in die Gastwirtschaft des inzmischen verstorbenen S. der Gemeindevorsteher mit einem anderen Mann und verlangte für jeden einen Bittern, einen sogenannten Sonntagsschnaps, die die Angeklagte M. auch verabreichte. Dadurch hatte die Angeklagte M. sich des ihr zur Zeit gelegten Vergehens schuldig gemacht. In ihrer Revision behauptete sie, das Belagerungsgesetz gebe nicht das Recht zum Erlaß solchen Verbots. Das Reichsgericht verworft am Montag die Revision als unbegründet.

### Eingegangene Druckschriften.

„In Freien Stunden“. Eine Wochenchrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft zum Preis von 10 M. Bestellungen nehmen alle Volksbuchhandlungen, Parteilocalitäten, Postämter sowie die Postanstalten entgegen. Bestellschein liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. H. Berlin S. B. 68, Postfach 100.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen. Trocken und wolkig heiter, in den Tagesstunden ziemlich warm, in der Nacht zu Donnerstag an den meisten Stellen leichter Frost.



Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten...

W. M. 29. Wegen Verabreichung der Schilddrüse und chronischer Krankheiten...

Fehler der Birbelzäne dienstantanglich. - K. V. Zuchthaus. In Ihrem sehr ausführlichen Schreiben...

Wöchentliche Marktbericht der höchsten Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen...

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend. Donnerstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr...

Nachruf. Infolge seiner schweren Verwundung starb am 21. April 1915 im Feldlazarett 39 unser lieber Kamerad...

Verkäufe. Gardinen! Spottpillige Ausnahmepreise! Garnituren mit Querbahnung...

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Niederbarnim. Bezirk Lichtenberg. Den Genossen hierdurch zur Nachricht...

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Bezirk Norden II. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Paul Dreyer. Sein bescheidenes, liebenswürdiges Wesen sichern ihm ein ewiges Andenken bei uns allen...

Möbel. Möbelkredit. Komplettete Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht...

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Groß-Berlin. Am Sonntag, den 25. April, verstarb unser Mitglied...

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Charlottenburg. Den Kollegen zur Nachricht...

Möbel. Nur im Kriege diese Preise, nie wiederkehrend. Kleiderständer, Vertiko mit Vergütung...

Verband der Sattler und Portefeullier. Ortsverwaltung Berlin. Den Kollegen hiermit zur Nachricht...

Richard Hecker. Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. April, mittags 1 Uhr...

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß. Friedrichstr. 125. (Oranienb. Tor). Für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden...

Kaufgesuche. Zahngebisse! Bruchgold! Silberlöhne, Walmabfälle, Cuedrüben...

Verband d. Buch- u. Steindruckereibehilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 25. April verstarb nach längerem Krankenlager unser Mitglied...

Persil für Wollwäsche! Henkel's Bleich-Soda. Sonntag von jetzt ab 8-10 geöffnet. Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Nachnahme...

15. - statt 27. - bis Sonntag, 2. Mai, 10 Uhr vormittags Koverkot-Modelle. Kostüme, blau Kammgarn, schwarz, schwarzweiß usw.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“. Berlin C. A. Bahnh. Adersstr. 174. O. Karl Mele, Petersburger Platz 4...

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Julius Sielaff. am 26. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist. Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr...

Ersparnis. Reinseidene Plüschmantele 60.-, Gediegene Ulster 14.-, Trauermagazin Westmann. I. Mohrenstr. 37a, II. Gr. Frankfurter Straße 115.

Zuschneider auf Rockmagen für Wollstoffe und Konfakturen, selbständiger, geübter Arbeiter, sofort verlangt. 34/12\*

do. Ha 74-80; Käse, seit 76-89. do. meger 62-73. do. dänische 18-71; Pfeffer 64-78. Pfeffer, dänische, 60-68. Zellen, dänische, 65-75...



Abonnementseinladung.

Eine Zeitung gehört zum Leben eines Kulturmenschen wie das Brot zur täglichen Nahrung. Das politische und wirtschaftliche Leben ist so weitschichtig, so vielgestaltig, die Kenntnis aller Vorgänge in der Öffentlichkeit so erforderlich, daß ohne eine Zeitung nicht auszukommen ist.

Nicht jede Zeitung ist für jeden Leser geeignet. Nicht jede Zeitung hat die gleichen Bedürfnisse zu erfüllen, und jede Zeitung hat ein anderes Lesepublikum. Der „Vorwärts“ ist von jeher das Blatt der Berliner Arbeiterschaft gewesen. Er bemüht sich, die Wünsche der erwerbstätigen Bevölkerung zu berücksichtigen, soweit das in der gegenwärtigen Zeit überhaupt möglich ist, aber er kennt die Leiden und er kennt die Lage der breiten Massen.

Der „Vorwärts“ ist eifrig bestrebt, auf dem Gebiete der Berichterstattung sich die größte Objektivität aufzuerlegen. Gerade dadurch glaubt er, auch der Allgemeinheit am wirksamsten zu dienen und am besten zu nützen.

Der „Vorwärts“ erscheint täglich und kostet pro Monat 1,10 M.

Der „Vorwärts“ kann auch im Wochenabonnement bezogen werden und kostet pro Woche 25 Pf.

Bestellungen können bei jeder Botenfrau, bei unseren Zeitungs Expeditionen und auch in der Hauptexpedition unseres Blattes, Lindenstraße 3, aufgegeben werden.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Feldpost-Abonnements.

Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß unsere sämtlichen Filial Expeditionen wie die Haupt Expedition Feldpost-Abonnements auf den „Vorwärts“ zum Preise von

1,10 Mark monatlich

entgegennehmen. Die Zeitung wird den im Felde Stehenden von unserer Hauptexpedition als Feldpostbrief täglich nachgeschickt.

Bei Bestellung des Abonnements ist genau anzugeben, welchem Armeekorps, Division, Brigade, Regiment, Bataillon, Kompanie usw. der Empfänger angehört.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 209 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 10. Etappen-Inspektion.
5. Garde-Reg. zu Fuß; 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; 2. Garde-Ers.-Reg.; Garde-Grenadier-Reg. Nr. 5; Garde-Schützen-Bat.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Jäger-Regimenter Nr. 1, 4, 5, 6, 9, 13, 14, 16, 18, 26, 32, 37, 38, 40, 41, 42, 45, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 58, 61, 64, 65, 67, 68, 70, 80, 83, 93, 95, 97, 100, 110, 111, 118, 128, 129, 132, 135, 136, 137, 140, 141, 152, 154, 158, 165, 166, 167, 173, 174; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 7, 15, 17, 18, 19, 21, 26, 45, 52, 56, 57, 59, 61, 65, 66, 69, 70, 73, 74, 77, 79, 80, 82, 83, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 216, 224, 225, 227, 229, 230, 235, 255, 258, 259, 260, 261, 263, 264, 265, 266; Ref.-Ers.-Reg. Nr. 4; Ers.-Inf.-Regimenter Volt. Grupp. v. Reinhard; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 6, 7, 11, 12, 13, 16, 23, 35, 38, 46, 48, 51, 52, 55, 66, 72, 73, 74, 81, 84, 90, 110, 118; Landwehr-Ers.-Regimenter Nr. 1, 5; Befehlungs-Reg. Nr. 1 der Brigade Dousta; Nr. 3 der Brigade Müdiger, Nr. 5 der Brigade v. Reikow; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 5, 9, 12, 17, 40; Landwehr-Brig.-Ers.-Bataillon Nr. 25; Landsturm-Bataillone: I. Alenstein, II. Gohlitz, III. Darmstadt, III. Rosen, I. Ramißsch, Wehlau, 8. Landsturm-Ers.-Bat. des 7. Armeekorps; Sammelstelle der Landsturm-Inspektion des 17. Armeekorps; Jäger-Bataillone Nr. 8, 9; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 1, 10; Maschinengewehr-Abt. Nr. 7 der 9. Kavallerie-Division; Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 2 Thorn, Nr. 6, Nr. 9 Graudenz und Nr. 11; Ref.-Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1 der 5. Landwehr-Division und Nr. 2; Festungs-Maschinengewehr-Komp. Nr. 2.
Dragoner Nr. 15, 19; Husaren Nr. 4, 11; Manen Nr. 15; Jäger zu Pferde Nr. 2, 8, 10; Ers.-Kavallerie-Reg. Nr. 6; Ref.-Ers.-Eskadron des 9. Armeekorps; Ref.-Kavallerie-Abt. Nr. 49.
Feldart.-Regimenter Nr. 8, 15, 21, 38, 44, 50, 55, 59, 73, 80; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 9, 65; 2. Landsturm-Feldart.-Batterie des 4. Armeekorps.
Fußart.-Regimenter Nr. 5, 6, 10, 20; Landsturm-Fußart.-Bat. des 10. Armeekorps.
Pionier-Regimenter Nr. 18, 23, 24, 25, 29; Pionier-Bataillone: Nr. 1, I. Nr. 2, I. Nr. 5, II. Nr. 6, I. Nr. 7, II. Nr. 16, I. Nr. 27; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 30; Pionier-Ers.-Bataillone Nr. 2, 21; 3. Landwehr-Pionier-Komp. des 6. und 2. des 15. Armeekorps; Minenwerferzug Nr. 4 des 1. Reservekorps; Scheinwerferzug des 7. Armeekorps.
Feldfliegertruppe; Kraftfahr-Bataillon.
Straßenbau-Komp. Nr. 17.
Sanitäts-Kompanien der Garde-Ers.-Division und Nr. 1 des 16. Armeekorps; Haupt-Ref.-Lazarett Halle a. S.
Train-Abt. Nr. 17; Pferdepost Nr. 2.
Kriegsbeschickungsämter des 4. und 17. Armeekorps.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 130 bringt Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 102, 108, 130, 177, 181; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 107, 133, 241, 245; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 106, 107, 133; Landsturm-Inf.-Bataillone: Birna, II. Landsturm-Ers.-Bat. 12. Armeekorps; Ers.-Inf.-Reg. Nr. 24; Ers.-Bat.: Inf.-Regimenter Nr. 108, 181; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 107.
Feldart.-Regimenter Nr. 28, 32, 48, 68, 77; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 23, 32; Ers.-Abt. Feldart.-Regimenter Nr. 32, 77; Fußart.-Reg. Nr. 12; Pionier-Bataillone: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12,

22; Scheinwerferzug 2; Pionier-Bat. Nr. 22; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 54; Telegraphen-Bat. Nr. 7; Kriegs-Lazarett-Abt., 19. Armeekorps; Art.-Munitionskolonnen 11, 19. Ers.-Division; Landwehr-Sanitäts-Komp. Nr. 22.

Aus Groß-Berlin.

Die Höchstpreise für Gebäck.

Auf Grund des Gesetzes, betreffend Höchstpreise und der hierzu erlassenen ministeriellen Ausführungsbestimmungen hat der Magistrat unter dem gestrigen Tage eine Verordnung erlassen, nach welcher Höchstpreise für Gebäck im Kleinverkauf festgesetzt werden. Die allgemein bekannt, hat die Kriegsgetreide-Gesellschaft den Mehlpreis herabgesetzt. Der Preis für Roggenmehl ist um annähernd 10 Proz., die anderen Preise sind in geringerem Umfang ermäßigt worden. Um der Bevölkerung diese Ermäßigung in den Gebäckpreisen zugute kommen zu lassen, bot sich das Mittel, Höchstpreise für Gebäck festzusetzen. Dies um so mehr, als auch die bisherigen Gebäckpreise mehrfach eine Ueberspannung zeigten. Auf der einen Seite werden die Höchstpreise für Gebäck gerade durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage begünstigt, da die Zuteilung des Materials in reguläre Bahnen gelenkt ist. Auf der anderen Seite jedoch bot die Verschiedenheit der Lufkosten, die sich im wesentlichen aus der Ladenmiete ergibt, für die Festlegung der Preise gewisse Schwierigkeiten. Deren Ueberwindung liegt aber in der Tatsache, daß die festgesetzten Preise lediglich Höchstpreise sind. Sie sind reichlich genug normiert, um jedem Bäcker die Produktion zu normalem Gewinn zu ermöglichen. Während also die Höchstpreise die Bevölkerung vor zu hohen Preisen schützen, sollen sie doch keineswegs Normalpreise bilden; die Bäcker werden vielmehr dort, wo ihnen die Spezen den Verkauf unter den Höchstpreisen gestatten, das Gebäck zu entsprechend niedrigerem Preise abzugeben haben. Der Magistrat erwartet, daß hier die freie Konkurrenz ihren Einfluß ausübt, und Preis erhöhungen unter dem Vorwand der Höchstpreise verhindert.

Die Höchstpreise sind nach eingehenden Beratungen mit Sachverständigen festgestellt worden. Sie betragen für das 2-1/2- und 1-Kilogramm-Roggenbrot 85, 63 und 43 Pf. und für die Semmel 5 Pf. Wünscht der Käufer, daß ihm das Brot in Teilen abgegeben werde, so ist auch für den Teil der entsprechende Preis zu berechnen, also z. B. für ein halbes Kilo-Brot der Preis von 22 Pf. Gibt der Gastwirt eine Schnitte von 50 Gramm ab, so darf er sie nicht über 3 Pf. berechnen. Selbstverständlich gilt dies nicht für Butterbrote oder belegte Schnitten.

Mit Rücksicht darauf, daß einzelne Gebäckarten einer besonderen Vereinfachungsart bedürfen und daher nicht zu dem allgemeinen Preise abgegeben werden können, sind Zwiebad, Bumpnickel, Milchsemmel sowie Gebäck, von denen es der Magistrat ausdrücklich feststellt, von dem Zwange der Höchstpreise ausgenommen worden. Als Milchsemmel gelten jedoch nur solche Gebäck, die mit Vollmilch hergestellt werden.

Damit das Publikum genügend unterrichtet ist, hat jeder Bäcker die neue Anordnung in seiner Verkaufsstelle an sichtbarer Stelle zum Aufschlag zu bringen.

Die Höchstpreise treten, obwohl der Bäcker das billigere Mehl bereits seit dem 26. d. Mts. beziehen kann, erst am 1. Mai in Kraft; es wird den Bäckern hiermit ein lebhaft geäußertes Wunsch erfüllt, daß ihnen noch einige Zeit zur Verwendung der teureren Bestände belassen werde.

Es darf erwartet werden, daß die neue Anordnung, die sich im Interesse der Bevölkerung als notwendig erwies, peinlichste Befolgung erfährt, damit nicht mit den empfindlichen Strafen des Gesetzes eingegriffen werden muß.

Armut und Teuerung.

Mit dieser wichtigen Frage hatte sich die Armenverwaltung in ihrer Sitzung am Montag zu beschäftigen.

Unsere Genossen hatten folgende Anträge gestellt:

- 1. Die Armenverwaltung wolle die Armenkommissionen antreiben, bei den zu gewährenden Almosen, Pflegegeldern und Extrazustützungen die herrschende Teuerung genügend zu berücksichtigen.
2. Die Armenkommissionsvorsitzer auf den § 25 der Geschäfts-anweisung hinzuweisen, wonach sie verpflichtet sind, die Wünsche der Hilfesuchenden unter allen Umständen aufzunehmen und der Kommission zu unterbreiten.

Zur Begründung wurde von unseren Genossen geltend gemacht, daß die notwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. um das Doppelte und Dreifache gestiegen seien. Auch die Armenpflegschaftsanstalt habe ihre Porten am 1. April geschlossen; dem Nationalen Frauendienst sei von der Direktion direkt verboten, den Almosenempfängern von seiner Seite aus Hilfe zu leisten. Die Armen seien also vollständig auf die Unterstützungen durch die Armenkommission angewiesen. Die vielen Klagen und Beschwerden aber zeigen, daß die Kommissionen ihre Pflicht vielfach nicht erfüllen, ja daß einzelne Vorsteher eine außerordentliche Härte gegenüber den Hilfesuchenden an den Tag legten. Die Zahl der Beschwerden und Hilfesuchenden, welche die Direktion direkt anrufen, sei namentlich in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen. Im Jahre 1906 betrug diese Zahl 8582, im Jahre 1914 aber 17246. Auch die Höhe der gewährten Unterstützungen spreche eine berechtigte Sprache; betrug doch der Durchschnitt der gewährten Unterstützung eines Almosenempfängers im Februar 1914 18 M. und 10 Pf. pro Monat; hieron soll die Miete und der Lebensunterhalt bestritten werden; dabei handelt es sich im wesentlichen um Krüppel oder alte Leute, welche nichts mehr erwerben können. Von den 37000 Almosenempfängern haben über 27000 ein Alter von über 60 Jahren und von diesen wieder über 14000 ein Alter von über 70 Jahren. Kechnlich liegen die Verhältnisse bei den Extrazustützungen, welche im Durchschnitt nur die Höhe von 14 M. erreichten. Auch die Pflegegelder lassen noch viel zu wünschen übrig. Von dem Recht, wenigstens 10 M. pro Kind und Monat zu gewähren, machten nur wenige Kommissionen Gebrauch, so daß von den 13000 Pflegekindern noch für 7000 nur 9 M. und weniger gezahlt wird.

Angesichts dieser ganz ungenügenden Unterstützungen sei es jedenfalls sehr bedauerlich, wenn von der Direktion gefordert würde, die Kommissionen auf ihre Pflichten hinzuweisen; dies treffe auch namentlich auf den zweiten Antrag zu. Im § 25 werde von den Kommissionsvorsitzern ausdrücklich verlangt, daß sie die Hilfesuchenden aufzunehmen und die Wünsche der Kommission zur Beratung vorzulegen haben. Die Zahl der Beschwerden zeige aber, daß eine große Zahl von Hilfesuchenden oft ohne Angabe jeden Grundes abgewiesen werde. Auch hier sei nun endlich einmal Abhilfe dringend nötig.

In der Debatte erklärte zunächst der Vorsitzende der Armenverwaltung, daß er sich für den ersten Antrag nicht erwärmen könne. Die Etatsüberschreitungen in diesem Jahre hätten schon eine sehr erhebliche Höhe erreicht und weitere erhöhte Ausgaben ließen sich nur schwer verteidigen; außerdem aber hätten auch in einigen Armenämtern erhebliche Zulagen stattgefunden. Die gewünschte Anweisung würde das Signal zu unerlösten Ausgaben sein, namentlich könnten wirklich gute Kommissionen den Anreiz zu neuen Mehrausgaben haben.

Einige bürgerliche Mitglieder hielten in dieselbe Kerbe, nur wünschten sie zum Teil eine Besprechung in den Armenkreisen; aber auch selbst diese bescheidene Forderung fiel unter den Tisch, nachdem sie vom Vorsitzenden bekämpft wurde. Auch der erneute Hinweis unserer Genossen, daß aus den Ausführungen hervorgehe, daß unbedingt gespart werden müsse, und daß sich auch die Direktion dem Ausspruch eines Vorstehers anschließe, wonach in dieser schweren Zeit auch der Arme sparen müsse, nützte nichts; der Antrag wurde mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Der zweite Antrag fand Gnade vor den Augen des Herrn Vorsitzenden und wurde einstimmig angenommen. Um eine Bescheinigung und Prüfung der Beschwerden herbeizuführen, wurde von unseren Genossen angeregt, den früheren Bescheidenausschuss wieder ins Leben zu rufen, da sich diese Einrichtung früher bewährt habe und nur durch die Einrichtung der Armenkreise verschwunden sei. Der Vorsitzende sagte zu, daß er die frühere Handhabung prüfen wolle.

Es dürfte nunmehr Sache der Presse und der Öffentlichkeit sein, die Armenkommissionsvorsitzer auf ihre Pflichten in dieser schweren Zeit hinzuweisen, da die Armenverwaltung dies nicht für nötig hält.

Mehr Entbindungsanstalten!

Zu diesem Thema schreibt uns die erste Vorsitzende der „Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht E. V.“ Frau Francis Marek:

Der Mangel an Entbindungsbetten in Berlin ist, wie Herr Dr. Jabel richtig betont, keineswegs eine neue Erscheinung. Immerhin macht er sich jetzt viel empfindlicher fühlbar als sonst. War es schon in Friedenszeiten schwer, eine Entbindende plötzlich in einer der dafür vorhandenen Anstalten unterzubringen, so hat der Krieg diese Schwierigkeiten ungeheuer erhöht. Schon Mitte August wiesen wir öffentlich auf diesen Mangel hin, warnten davor, allzuviel Entbindungsbetten für verwundete bereitzustellen, forderten Erleichterung der Aufnahme in öffentlichen Entbindungsanstalten und boten — leider vergeblich —, uns bei der Einrichtung kleiner Entbindungsbetten zu helfen. Daß die Anzahl der vorhandenen zu jener der notwendigen Betten in einem Mißverhältnis stand, das dringend Abhilfe erforderte, sahen wir nicht nur fortwährend an den Schwierigkeiten, die die Unterbringung der Entbindenden aus unserem Mutter- und Kinderheim „Mutterhilfe“ verursachte; wir stellten auch aus den Ergebnissen einer sofort eingeleiteten Umfrage, die von fast sämtlichen Anstalten beantwortet wurde, einwandfrei fest, daß tatsächlich eine Beschränkung der Bettenzahl zu Kriegsbeginn stattgefunden hatte, in einer Zeit, wo der Bedarf an Betten von Tag zu Tag stieg. In einer Sitzung, die Ende August im Reichstagsgebäude stattfand und deren Teilnehmer diese Frage besprachen, teilte ich dies auch mit und betonte u. a., daß die Not noch durch den Mangel verschärft sei, daß die Anstalten erst im letzten Moment Aufnahme gewähren, so daß es einer Frau, die bereits Wehen hat, passieren kann, daß man sie mit dem Bescheide wegschickt, in einigen Stunden wieder zu kommen. Diese Prognos wurde von den Teilnehmern der Sitzung zwar mißbilligt, — ein eigentlicher Kostand wurde indes nicht anerkannt, und so blieb alles beim alten. Eine weitere Erschwerung liegt in den durch den Krieg verringerten Beförderungsmitteln.

Freilich könnte mit der Errichtung zahlreicher kleiner Entbindungsanstalten, wie sie Herr Professor Bumm vorschlägt, mehr erreicht werden, als mit einer Verzögerung der Königl. Frauenklinik.

Wir scheinen aber die Abhilfe noch leichter und vor allem rascher möglich.

So die Schwierigkeit liegt, erhellt aus der Frage, die regelmäßig gestellt wird, wenn man bei einer der öffentlichen Anstalten anklingelt, ob ein Entbindungsbett frei ist: „Kann sie bezahlen? Ist sie in einer Kasse?“

Es ist traurig genug, daß diese Frage überhaupt gestellt werden muß; wenn es sich aber um eine Entbindung oder um einen Unfall oder dergleichen handelt, ist sie sicher nicht am Plage. Zweifellos werden die städtischen Mittel durch die sich momentan häufenden Entbindungen, deren Kosten von den Frauen selbst nicht getragen werden können, stark belastet. Wenn man sich aber einmal klar macht, daß durch die Abweisung die Sache ja nicht erledigt, sondern die Frau gezwungen ist, weiter zu suchen, wenn man die Tragik erfährt, die darin liegt, daß eine Frau der Stadt einen Bürger schenkt und diese selbe Stadt ihr das Bett dazu verlagert, weil niemand da ist, der die Kosten dafür übernimmt. Wenn man all dies bedenkt, muß man zu der Forderung kommen, daß die Stadt derartige Lasten zunächst einmal übernehmen muß. Sie ist ja auch gesetzlich dazu verpflichtet, und wer die nötigen Wege kennt, kommt schließlich auch zu einem ordnungsmäßig ausgestatteten Entbindungsschein. Aber diese Wege kennen eben die wenigsten Frauen, und selbst diese Kenntnis nicht auch nur dann, wenn die Geburtswehen die Freundlichkeit haben, sich vor 3 Uhr (Armenamts-Bureau schluß) oder während der Sprechstunde des Armenvorsichters einzustellen. Tritt die Niederkunft aber überraschend, z. B. am Abend ein, so ist eine Beschaffung des Scheines unmöglich.

Hat die Mutter aber auch den Schein, mit dem sie, wie Herr Professor Bumm schreibt, „ohne weiteres Hilfe und Unterstützung“ finden soll, so bleibt eben doch noch die Ueberfüllung der Kliniken, das heißt die zu geringe Zahl der Entbindungsbetten in den öffentlichen Anstalten bestehen.

Es ist ja nun schlimm genug, daß reiche Gemeinden bis heute noch kein eigenes Krankenhaus besitzen, zum Beispiel Wilmersdorf, so daß einerseits immer erst eine an Zeit und Geld kostspielige Fahrt notwendig ist und andererseits die Krankenhäuser der anderen Gemeinden noch mehr überlastet werden. Aber es ließe sich leicht Abhilfe schaffen, wenn die Privatkliniken das Recht erhielten, Entbindende auf einen Entbindungsschein hin aufzunehmen oder wenigstens für eilige Fälle, die einen Transport nur noch unter gesundheitlicher Gefährdung zulassen, bei der Stadt zu liquidieren. Es gibt genügend Privatkliniken, die dauernd Betten leer stehen haben; aber in einer Droschke, vor einem Ladeneingang usw. kommen Kinder zur Welt, weil ein Stück Papier, das für die (überfüllten) städtischen Anstalten gilt, für die leerstehenden kleinen Kliniken keine Geltung besitzt.

Sehr richtig ist der Hinweis auf die Zweckmäßigkeit rechtzeitiger Meldung beim Nationalen Frauendienst.



Es sei mir gestattet, noch auf die Auskunftsstellen der „Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kinderrecht“ E. B. Steinmeyer Str. 11, Montag 1-2, Dresdener Str. 31, Dienstag 9<sup>1/2</sup>-10<sup>1/2</sup>, Freitag 8-9, Koloniestr. 1, Dienstag 6-7, Donnerstag 1-2, Schönhauser Allee 151, Sonnabend 10-11, Mittwoch 7-8, Reußstr. 113, Mittwoch 10-11, Sonnabend 7-8, Panow, Rathau, Sonntag 11-12 Uhr; täglich: Geschäftsstelle, Charlottenburg, Dahlmannstr. 25, 10-4 Uhr, sowie auf die Sprechstunden hinzuweisen, die von geschulten Helferinnen dieser Gesellschaft in den einzelnen Kommissionen des Nationalen Frauendienstes abgehalten werden.

Wir haben der vorstehenden Zuschrift gern Raum gewährt. Alle neuen Vorschläge zur Abhilfe der bestehenden Mängel verdienen sachgemäße Würdigung. Wahrgenommen wird aber, daß bei der räumlichen Ausdehnung Groß-Berlins, selbst in der Stadt Berlin allzuweite Wege nach einer Entbindungsanstalt vermieden werden müssen. Es muß in den verschiedensten Gegenden der Stadt mehr Entbindungsmöglichkeiten geschaffen werden.

#### Vereitigung von Weizenbrot.

Bekanntlich war es bis zum 30. April gestattet, daß bei der Vereitigung von Weizenbrot Weizenmehl in einer Mischung verwendet wird, die weniger als 30 Gewichtsteile Roggenmehl unter 100 Teilen des Gesamtgewichts enthält, daß ferner bei der Vereitigung von Roggenbrot das Roggenmehl bis zu 30 Proz. durch Weizenmehl ersetzt wird, und daß schließlich die Mühlen Weizenmehl abgeben, das mit weniger als 30 Proz. Roggenmehl gemischt ist. Durch Verordnung des Magistrats ist nunmehr gemäß der Ermächtigung des Ministers für Handel und Gewerbe diese Erlaubnis bis zum 1. Juli 1915 ausgedehnt worden.

#### Ausdehnung der Brotkartengemeinschaft.

Als die Brotkartengemeinschaft sich bildete, war bereits in Aussicht genommen, noch einige weitere mit Berlin wirtschaftlich eng zusammenhängende Gemeinden in sie einzubegreifen. Es soll dies nunmehr geschehen. Von der Brotkartengemeinschaft ist der Aufnahme zugestimmt worden. Es bedarf nur noch einer Erklärung von anderer Seite. Erfolgt diese Erklärung rechtzeitig, so soll die Aufnahme der neuen Gemeinden bereits mit dem 8. Mai stattfinden, so daß von diesem Tage ab auch dort die Groß-Berliner Brotkarten gelten. Mit dem 3. Mai werden in dem gesamten Groß-Berliner Bezirk die Brotkarten auf weitere sechs Wochen ausgedehnt werden.

Die Gemeinden, deren Eingetritt in Aussicht steht, sind: Nehndorf, Nikolajew, Wannier, Pichelsberg, Zegel-Fors-Nord, Zegel-Süd, Zegel-Jungfernhöhe, Berlin-Hermendorf, Berlin-Rosenthal, Berlin-Lindholz und Bublitz. Die Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft wird sich alsdann aus der statistischen Zahl von 45 Orten zusammensetzen.

#### Zwangspflege von Gräbern in Steglitz.

Die Pflege mancher Gräber läßt auf vielen Friedhöfen sehr viel zu wünschen übrig. Verkommen, eingefallene Hügel, verrostete Grabeingänge und Grabsteine usw. beeinträchtigen das gute Aussehen der Friedhöfe. Der Gemeindevorstand von Steglitz macht in solchen Fällen auf dem Gemeindefriedhof kurzen Prozeß. In einer Bekanntmachung führt er aus, daß die Erbgräbernisse, Bahnen, Reiben- und reibierten Stellen spätestens bis zum 15. Mai jeden Jahres ordnungsmäßig und der Würde des Friedhofes entsprechend gereinigt sein müssen. Verfallene Denkmäler, Kettenständer usw. sind bis zu diesem Tage wieder herzustellen. Im Anschluß hieran sagt der Gemeindevorstand: „Sollten diese Arbeiten von den Angehörigen bis zum 15. Mai nicht ausgeführt sein, so nehmen wir an, daß die Arbeiten von der Friedhofverwaltung vorgenommen und die Kosten von den betreffenden Angehörigen eingezogen werden sollen.“

So gut es der Steglitzer Gemeindevorstand meinen mag, eine gesetzliche Unterlage hat er für sein Vorgehen nicht, ganz abgesehen davon, daß in zahlreichen Fällen zur Zahlung verpflichtete Angehörige nicht vorhanden sein werden.

#### Rennen in Hoppegarten.

Der Unionklub will am 16. Mai die Pferderennen im Hoppegarten wieder aufnehmen, „vorläufig“ ohne Totatator. Es wird abzuwarten sein, wie lange die offizielle Wettmaschine außer Betrieb bleibt, denn das „vorläufig“ klingt wenig bestimmt.

#### Die Stiefelreinigung des russischen Grafen.

Einem bösen Reinfall hat ein in der Neuen Friedhofstraße wohnender Hofschuhmacher mit einem russischen Diplomaten und Grafen erlebt, namens Josef Preza, der früher in Berlin auf „großem Fuße“ gelebt hat und nach der Mobilmachung verschwunden ist. Der edle Graf, welcher bei dem Hofschuhmacher für 553,70 M. Lad- und andere Stiefel bestellt, aber das Bezahlen vergessen hatte, wird jetzt von seinem Gläubiger durch öffentliche Justizleistung aufgefordert, zur mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte am 8. Juni dieses Jahres zu erscheinen. Angeblich soll sich der russische Diplomat in Derevno, Gouvernement Pinski in Rußland, aufhalten.

#### Gültigkeit des Berliner Ortsstatuts über die Fortbildungsschule.

Von den Ortsstatuten über die Errichtung von Fortbildungsschulen.

Der Damenschneidermeister Dnashin in Berlin war angeklagt worden, weil er das Berliner Ortsstatut von 1913, betreffend die gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule, übertreten habe. Er hatte seine Lehrlinge am Besuche der Fortbildungsschule gehindert. Der Angeklagte machte geltend, das Ortsstatut sei ungültig, weil vor dem Erlaß keine Anhörung der Vertreter des Schneiderhandwerks erfolgt sei, während doch § 142 der Gewerbeordnung die Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter vorschreibt.

Das Landgericht verurteilte ihn aber zu einer Geldstrafe und erklärte das Ortsstatut für gültig. Es gehe aus der Veröffentlichung hervor, daß die Handelskammer und die Handwerkskammer vorher gehört worden seien. Damit sei der Vorschrift des § 142 Genüge geschehen, denn es werde nur die Anhörung „beteiligter Gewerbetreibender“ usw. verlangt, nicht aber eine solche aller beteiligten Gewerbetreibenden. — Ferner sei der Stundenplan ordnungsmäßig festgesetzt. Dazu sei nach neueren Bestimmungen in Preußen der Gemeindevorstand (Magistrat) befugt. Es sei alles in Ordnung, wenn die Feststellung die städtische Deputation für das Fortbildungsschulwesen besorge. Denn dies sei eine Abteilung des Magistrats.

Der Angeklagte legte noch Revision ein und betonte, daß mindestens eine Anhörung der Berliner Schneiderinnung als der berufenen Vertretung des Berliner Schneidergewerbes hätte erfolgen müssen.

Das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel mit der kurzen Begründung, daß die Vorentscheidung keinerlei Rechtsirrtum erkennen lasse.

#### Zum Wolldepot.

Im Zentralwolldepot bei Kroll am Königsplatz herrscht immer noch reges Treiben und Leben, denn voraussichtlich wird noch den ganzen Sommer hindurch an der Sichtung und technischen Herstellung der Wolldecken und Wollabfälle gearbeitet werden. Allerdings ist die Anzahl der Heimarbeiterinnen, die ihren Höhepunkt wohl im Februar dieses Jahres erreicht hatte, gegenwärtig erheblich herabgesetzt worden, da der Bedarf an Wolldecken vorläufig sogar bei den Karpasentruppen gedeckt ist. Da aber auch in den Monaten Mai, Juni und Juli auf dem östlichen Kriegsschauplatz kalte Nächte bevorstehen, wird dafür Sorge getragen werden, daß stets ein gewisser Vorrat an fertigen Wolldecken vorhanden ist.

#### Eröffnung einer neuen Mittelstandsküche.

Der Verein für Kindervolkstüchen und Volkskinderhorte eröffnet am Mittwoch, den 28. d. Mis., in der Turmstr. 19 eine neue „Mittelstandsküche Noabit“. Der Preis eines Mittagessens beträgt 30 Pf., nach Hause geholt 25 Pf.

#### Explosionsunglück bei Siemens.

Gestern mittags erfolgte im Laboratorium von Siemens am Rohrdamm in der Siemensstadt eine schwere Explosion. Durch einen unglücklichen Zufall explodierte Quecksilber und Benzol und richtete schwere Verletzungen an. Von den im Laboratorium beschäftigten Chemikern erlitten sechs mehr oder minder schwere Verletzungen und mußten nach dem Krankenhaus Westend geschafft werden, wo ihnen sofort ärztliche Hilfe wurde.

**Straßenunfall.** An der Ecke der Wannier- und Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln lief die siebenjährige Martha Lemke Montagmorgen gegen 1/4 11 Uhr kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 94 auf das Gleis. Die Kleine wurde erfasst, umgestoßen und geriet unter den vorderen Schugrahmen. Das Mädchen, das eine leichte Gehirnerschütterung davongetragen hatte, wurde durch Anheben des Wagens mittels Seilen befreit. Auf der nächsten Unfallstation erhielt die Verunglückte die erste ärztliche Hilfe und wurde dann nach der elterlichen Wohnung gebracht.

**Manntage Entzählung.** Die Verwaltungsstelle der freien Gast- und Schankwirts in Neukölln sendet uns eine längere Resolution, die in der letzten Versammlung angenommen worden ist mit dem Ersuchen um Abdruck. In der Resolution wird „schärfster Protest“ gegen eine am 7. April unter der Heberkränze-Wanderzettel für Bier veröffentlichte Notiz im „Vorwärts“ erhoben. Der Protest richtet sich dagegen, daß in der Notiz gesagt war, daß Gastwirte aus einem Liter Bier bis 70 Pf. herauswirtschaften und daß Schnäpfe und Liköre um 200 bis 300 Prozent verteuert würden. Die Entzählung bestreitet diese Angabe und legt die Verhältnisse ihres Gewerbes dar. Wenn die Verfasser der Entzählung unsere auf das „Berliner Tageblatt“ sich stützende Notiz richtig gelesen hätten, hätten sie sich ihre Entzählung sparen können. Wie es um das Gastwirts- und insbesondere um die Bierpreisverhältnisse steht, haben wir erst in unserer Nummer vom 17. April eingehend dargelegt. Daß die kleineren Gastwirte bei 20-Ausschnitt nur 50 Pf. pro Liter herauswirtschaften können, ist in der Notiz vom 17. April genau nachzulesen. Daß es aber auch andere Gastwirte gibt, die bis 70 Pf. pro Liter herausholen, insbesondere in sogenannten besseren Lokalen, werden auch die Entzählung nicht bestreiten wollen. Das gleiche trifft zu beim Schnäpfe- und Likörausschnitt. Die freien Gastwirte in Neukölln hätten gut getan, nicht Bemerkungen auf sich zu beziehen, die auf sie nicht passen. Dann wäre ihre Behauptung und der schärfste Protest gegen den „Vorwärts“ unnötig gewesen.

#### Aus den Gemeinden.

##### Lebensmittelbeschaffung in Köpenick.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Martin der Schulrat Salobielecki in sein Amt eingeführt. Sodann stimmte die Versammlung einem Vertrage mit dem V. E. W. zu, nach welchem der Stadtgemeinde Köpenick gestattet wird, von der Ecke Bahnhofs- und Lindenstraße bis zur Wühlbrücke ein Kabel zu verlegen, um im Anschluß an das dort mündende Kabel der V. E. W. bei etwa eintretenden Betriebsstörungen im Elektrizitätswerk der Stadt Köpenick Strom von den V. E. W. entnehmen zu können. Die vereinbarte Leistung des Anschlusses soll 1000 Kilowatt nicht übersteigen und mit 8 Pf. pro Kilowattstunde vergütet werden. Nunmehr erstattete Bürgermeister Dr. Langerhans Bericht über die gemeinsam vom Magistrat und der Kriegskommission getroffenen Maßnahmen zwecks Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die eingeführten Vorküchen sich im großen und ganzen bewährt haben. Für verschiedene Ersatzstoffe und die Lagerschiffe sind besondere Maßnahmen erforderlich gewesen. Schwierigkeiten entstanden nur beim Ausflüßerverkehr. Die hierüber mit dem Berliner Magistrat gepflogenen Verhandlungen scheinen nunmehr sich einer befriedigenden Lösung zu nähern. Im Kartoffeln sind bisher 12 000 Zentner angeliefert, über den Ankauf von weiteren 5000 Zentner Schweben noch Verhandlungen. Ferner wurden gekauft 50 Tonnen Heringe, 100 Äpfeln kondensierter Milch und 20 Zentner Mafarou. Beschlossen wurde außerdem der Ankauf von Schweinefleischkonserven im Werte von 150 000 M., von Trockenkartoffelfabrikaten für 3000 M. und von lebenden Schweinen für 300 000 M. Für das Schlachten der letzteren sind alle Vorbereitungen getroffen. Kühl- und Gefrierräume sind gepachtet, nur die Schweine sind bisher noch nicht geliefert. Außerdem wurden noch an Futtermitteln in Auftrag gegeben: 10 000 Ztr. Futterrüben, 5000 Ztr. Futterartoffeln, 3000 Ztr. Melasse, 500 Ztr. Mele, 300 Ztr. Leinsamen. Gekauft wurden ferner 300 Ztr. Mele und die 300 Ztr. Leinsamen; von den Futterrübenstängeln werden voraussichtlich nur 1850 Ztr. geliefert werden können. Zur schnelleren Erledigung aller dieser Aufgaben wurde die Kriegskommission in drei Unterkommissionen eingeteilt. — An Stelle des zur Fahne einberufenen Rechtsanwalts Dr. Schulze wurde der Justizrat Klein zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts gewählt. Zur Vorlage des Magistrats, wonach die ständigen städtischen Angestellten und Arbeiter, die nicht mehr als 2000 Mark Einkommen beziehen, eine Teuerungszulage von monatlich 12 M. vom 1. April d. J. ab erhalten sollten, beantragten unsere Genossen, daß auch den nichtständig Beschäftigten dieselbe Zulage zuteil werde, da gerade diese Leute, die in der Regel zu einem niedrigen Stundenlohn eingestellt werden, eine Aufbesserung dringend nötig haben. Von bürgerlichen Vertretern war noch beantragt worden, nicht gleichmäßige Zulagen zu gewähren, sondern eine Staffelung vorzunehmen, so sollten an Unterbezahlte 8 M., Familienväter mit zwei Kindern 10 M. und Familienväter mit mehr als zwei Kindern 12 M. gezahlt werden. Da vom Magistrat Bedenken gegen die gestellten Anträge geäußert wurden, so wurde die Vorlage mit den Anträgen einer Kommission zur Vorberatung überwiesen. In die Kommission wurden auch die Genossen Blahn, Stähler und Woid gewählt.

##### Teuerungszulagen in Pichterfelde.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer Sitzung vom 26. April den Arbeitern, Angestellten und Beamten mit einem Lohn oder Gehalt bis einschließlich 2000 M., die bereits länger als drei Monate bei der Gemeinde beschäftigt sind, während der Kriegsdauer vom 1. April ab eine Kriegszulage zu bewilligen. Hierbei wird jedoch nicht nach dem von Berlin und einer Reihe von Vororten eingeschlagenen Weg verfahren, gleichmäßig 10 M. pro Monat an Teuerungszulage zu zahlen, sondern es soll lediglich für

jedes Kind unter fünfzehn Jahren eine Beihilfe von 3 M. monatlich geleistet werden.

Einer Anregung, auch den infolge des Krieges eingestellten und stundenweise beschäftigten Hilfsbeamten diese Unterstützung zukommen zu lassen, wurde nicht stattgegeben.

Weiter wurde beschlossen, die am 2. November 1914 festgesetzten Bezüge den in den Heeresdienst eingetretenen Privatbediensteten und Arbeiter der Gemeinde vom 1. April 1915 ab während der Dauer des Krieges, gegebenenfalls bis 31. März 1916, weiter zu bewilligen.

Die Amtsperiode des belohnten Gemeindefürsprechers Lange war abgelaufen; seine Wiederwahl erfolgte einstimmig.

Die Schönberger Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte befindet sich in den Diensträumen der Deputation für Wohlfahrtspflege, Belgier Straße 18, Sprechstunde Donnerstag von 10-11 Uhr.

## Aus aller Welt.

### Eine Kriegsgefangenenzeitung.

Im Betriebe der „Soltauer Nachrichten“ unter der Zensur des Kgl. Kommandantur hergestellt und von den Kriegsgefangenen selbst herausgegeben wird eine Gefangenenzeitung „Les Camps de Hannover“. Bemerkenswert ist, daß die Herausgeber den Heberkränze den die Zeitung vielleicht abwirft, armen Kriegsgefangenen zugute kommen lassen. — Aus dem Inhalt der ersten Nummer, die in einer Auflage von 3000 Stück erschienen ist, erwähnen wir folgendes. Ein programmatischer Artikel „A nos Lecteurs“ wendet sich „an unsere Leser“ und teilt ihnen den Zweck und das Wesen der Zeitschrift mit. Derselbe Absicht, den guten Willen der Zeitung zu bekunden, verfolgt ein Gedicht „Soubait“, „Un salut au pays natal“ (Gruß aus der Heimat) ist ein Titel eines Briefes eines Pastors aus Belgien. Sodann folgen kurzgefaßte Berichte vom Kriegsschauplatz. „La Pays nous vivons“ — „Das Land in dem wir leben“ — ist ein kurzgefaßter Heberkränze über die Geschichte des Hannoverlandes bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts. „La nature et l'humanité“ (Natur und Menschheit) betitelt sich eine philosophische Betrachtung über den heutigen Zustand der Menschheit. „Somain Saints“ (Heilige Woche) enthält Betrachtungen und Gedanken über den Verlauf der stillen Woche in diesem Kriegsjahr. „Guerre de Races?“ (Ist dieser Krieg ein Rassenkrieg?) „L'Anniversaire de la Naissance du Roi des Belges au camp de Soltau“ ist ein Bericht über die Feier des 40. Geburtstages des Königs von Belgien am 8. April. Das Glückwunschschreiben, das die Belgier mit Erlaubnis und durch Vermittlung der Kommandantur dem König schickten, ist mit veröffentlicht. — Es folgen sodann geschäftliche Mitteilungen über den Vertrieb der Zeitschrift, Notizen über die Gefangenen-Theater im Scheuener und Soltauer Lager, über eine im hiesigen Gefangenenlager abgehaltenen Tombola, die 1000 Franc Heberkränze brachte. Die Gewinne waren von belgischen Firmen gesüßert. Persönliche Notizen über die Gründer der Gefangenen-Universität im Soltauer Lager, Sportnachrichten aus dem Lager, Gefangenenstatistik im Seltener Lager, Annoncen über Sprach- und anderen Unterricht im Lager, über evangelische und katholische Gottesdienste, über den Besuch der forensisch-psychologischen Gesellschaft und Gesellschaften bilden den Schluß. Erwähnt sei ein Gedicht „Ditichon“, das der evangelische Pastor Edward Durand in Brüssel seinem im Soltauer Lager gefangenen Sohne widmete.

### Humor bei der Feldpost.

Unsere Feldpostbeamten verlieren auch unterm Druck der von ihnen zu bewältigenden Meienarbeit — täglich rund 11 Millionen Feldpostbriefsendungen — nicht ihren Humor. Das zeigt ein kleiner Schriftwechsel, der vor einiger Zeit zwischen einer Reichs-Feldpostanstalt und einer bayerischen Feldpostanstalt geführt worden ist. Zwischen beiden verkehrte damals eine Autopost, deren Rückfahrt in den Nachmittagsstunden sich wegen Verspätung der Anschlusszüge wiederholt stark verzögerte. Schließlich hat die Reichs-Feldpostanstalt Mitte Dezember bei dem bayerischen Amtsbruder, da es eine Drahtverbindung nicht gab, brieflich um Abhilfe und wies besonders auf die immer länger werdenden Tage und die rasch hereinbrechende Dunkelheit hin, die, wenn sie erst da ist, bekanntlich an der Front das Arbeiten, auch der Feldpost, sehr erschwert. Dem wackeren Bayern gelang es, die Sache mit der Bahn in Ordnung zu bringen. Dies teilte er unterm 21. Dezember der Reichs-Feldpostanstalt „mit dem ergebensten Hinzufügen mit, daß er außerdem Anweisung gegeben habe, die Tage von heute ab wieder länger werden zu lassen“. Der Kollege von der Reichspost beifolgt Humor genug, sich „für das bewiesene Entgegenkommen, im besonderen wegen der verfügten Tagesverlängerung“ bestens zu bedanken.

### Zum Landratsamt getötet.

Aus Mailand wird vom 27. April gemeldet: Gestern nachmittag tötete der Kreisaußwärtsekretär Nikkisch im Dienstzimmer des Landratsamtes seinen Stellvertreter, den Kreisaußwärtshilfssekretär Foremba, durch zwei Revolvergeschüsse. Der Grund zur Tat ist noch nicht aufgeklärt.

### Eisenbahnunglück in Rußland.

Petersburger Meldung zufolge hat sich auf der Hauptbahnlinie Petersburg—Moskau bei der Station Kolvino infolge des Zusammenstoßes zweier Züge ein großes Eisenbahnunglück ereignet, bei dem zwölf Wagen zertrümmert wurden und mehrere Personen verunglückt sind. Die Linie sei bis auf weiteres derartig gesperrt, daß man eine Umgehungsline bauen mußte.

### Zum Salzteich ertrunken.

Wiener Blätter melden aus Aralau: Bis in den letzten Tagen in Bielitzka eine Beschäftigung der dortigen berühmten Salzbergwerke stattfand, drängten zu viele Teilnehmer auf eine Fähr, die zum Heberkränze des Salzteiches benutzte wurde. Infolge Heberkränze füllte die Fähr um und etwa sechzig Personen fielen in den ungefähr 4 Meter tiefen Salzteich. Die Mehrzahl konnte sich retten; sieben Personen jedoch ertranken. Die Leichen wurden geborgen.

### Parteiveranstaltungen.

**Charlottenburg.** Die Jugendsektion hält am Donnerstag, abend, 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Kolonnen, vom 1. Trepp, ihre Versammlung ab. Vortrag des Genossen K a n e n e i n.

**Neukölln.** Jugendsektion. Beginn der heute abend stattfindenden Generalversammlung fällt die Versammlung der Jugendsektion aus.

Die nächste Zusammenkunft ist am Mittwoch, 8. Mai.  
**Ober-Schönweide.** Donnerstag, den 29. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Schloßparkstraße: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Richard W o l d t. 2. Jahresbericht des Vorstandes.

### Frauen-Leseabende.

**Schöneiche und Umgegend. (N. S.)** Der Frauenleseabend findet heute Mittwoch, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Pichelnau, Restaurant Fuchs, Hauptstraße 18, statt.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Wannsdorf.** Donnerstag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr, im Rathhausgebäude, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.